

(A) (Minister Matthiesen)

Auf welcher Veranstaltung war ich eigentlich, als Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland das Benzol-Problem und das Benzol als krebserzeugenden Stoff im Zusammenhang mit dem PKW thematisiert hat? Wo waren Sie da als Bündnispartner?

Auf welcher Veranstaltung war ich eigentlich, als wir in Nordrhein-Westfalen durch unsere intensiven Rußuntersuchungen bei Diesel und LKW als erstes Land der Welt festgestellt haben, daß es keinen Grund gibt, diesen PKW-Typ zu bevorzugen, weil diese Rußpartikelchen krebserzeugend sein können? Wir haben entsprechende Initiativen ergriffen.

Wo waren Sie eigentlich als Bündnispartner, als ich begann, die Dioxinproblematik aufzugreifen, die Sie ja nur verengt auf die Technologie, die Ihrer Auffassung nach des Teufels ist, konzentrieren, während man doch über alle Dioxinquellen reden muß, z. B. über das Auto, wenn es über bleihaltiges Benzin, angereichert mit Additiven, zur reinen Dioxinschleuder geworden ist?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Matthiesen, haben Sie nicht einmal etwas Neues? Sie erzählen immer dasselbe!)

- Solange Sie es immer noch nicht begriffen haben, muß man es ständig wiederholen, damit Sie endlich aufhören, Legenden zu bilden.

(B) (Beifall bei der SPD)

Ihre Kollegin hat vorhin geäußert: Da kommt der Minister Matthiesen und sagt, wir dürften uns nicht mehr an der Sonne freuen. - Wissen Sie, warum ich das gesagt habe? - Weil es zunehmend Stimmen, auch aus Ihrem Lager, gab, die bei 130 oder 180 Mikrogramm Ozon Müttern mit kleinen Kindern empfehlen wollten, sie möchten möglichst in abgedunkelten Räumen zu Hause bleiben. Ich fand das schrecklich und habe gesagt, Ozon sei ein Problem. Wir geben Verhaltensempfehlungen. Aber im übrigen bin ich einig mit 99 % der Menschen, daß selbst bei einer geringen Ozonbelastung ein wunderschönes Sommerwetter mehr Freude für Familien bringt, als in einem abgedunkelten Zimmer Dauerregen genießen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das sind doch Abwiegeleien!)

- Nein, hören Sie auf zu schreien. Das muß man Ihnen nämlich auch einmal sagen, damit eine noch so engagierte Umweltpolitik irgendwo auch noch einordbar bleibt in Kategorien der Vernunft und der

(C)

wissenschaftlichen Sachkenntnis. Deshalb ist unser Konzept richtig. Wir sind nicht gegen Fahrverbote und Fahrbeschränkungen. Aber im Gegensatz zu Ihnen hängen wir es nicht an Folgeprodukten von Folgeprodukten auf, sondern an den Ursprungsemissionen. Und Ursprungsemission ist nicht Ozon, sondern Ursprungsemissionen sind Stickoxide, sind Kohlenwasserstoffe und andere Stoffe. Da müssen vom Bund Grenzwerte her. Da müssen Meß- und Untersuchungsmethoden her, und dann, wenn Grenzwerte überschritten sind, muß gehandelt werden, auch mit Verkehrsbeschränkungen und mit Verkehrsverboten, wenn es denn notwendig ist. Das ist die eindeutige Haltung der Landesregierung.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber Sie zäumen das Pferd von hinten auf, und zwar darum, weil die Medienlandschaft gerade so ist, wie sie ist, und draufsatteln gibt dann sozusagen Schub. Das mag billige Parteitaktik sein. Man nennt das auch Absahnmethode.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das hat doch Erfolg, Herr Matthiesen!)

Aber mit seriöser Politik hat das nichts zu tun. Und sehen Sie, das ist der Unterschied: Wenn man sozusagen strukturell die Mehrheit hat oder sie wiedergewinnen will, dann muß man engagierte seriöse Politik betreiben. Und ich denke, unser Konzept hat deutlich gemacht, daß wir das genau tun. - Ich danke Ihnen sehr.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose:

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schließe hiermit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/164
erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in der Plenarsitzung am 16.08.1990 eingebracht. Heute setzen wir die

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

erste Lesung mit der Beratung fort.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Schauerte (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung den ersten Nachtragshaushalt. Einschließlich dieses Nachtragshaushaltes wird das Volumen des Landeshaushaltes 67,37 Milliarden DM betragen. Er ist eingerechnet dann um 5,37 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen - eine deutliche Steigerungsrate, bei der wir Obacht geben müssen.

Es gibt Verpflichtungsermächtigungen von weiteren 688 Millionen DM, die sich dann auf 8,4 Milliarden DM erhöhen. Auch hier sind wir sicherlich einig, daß wir bei Verpflichtungsermächtigungen aufpassen müssen, daß - wenn sie so vermehrt werden -, wir uns für die Zukunft nicht in einer Weise binden, daß zukünftige Haushaltsberatungen nur noch wenig Spielraum haben. Sicherlich ist dies ein bekanntes Problem zwischen allen, die mit Haushalt zu tun haben.

Der Nachtragshaushalt ist vor allem, glaube ich einmal - es gibt einen zweiten Punkt, auf den gehe ich später auch noch einmal ein - wegen der DDR-Problematik eingebracht worden. Es sollen 23,4 Millionen DM nun nachbewilligt werden, davon 12,1 Millionen DM für Personal, 369 Beamte und Angestellte wollen wir im Prinzip zur Lösung der anstehenden Probleme einsetzen, wie immer das organisiert ist, und etwa 11 Millionen DM für Sachmittel, die ja nötig sind.

Zu diesen Maßnahmen gibt es ein uneingeschränktes Ja. Ich sage allenfalls - und darauf werde ich nachher noch einmal eingehen -, daß wir im Grunde meinen, das ist noch zu wenig, was wir hier tun, und zwar insbesondere bei den Finanzbeamten; es sind etwa 100, die wir schicken. Ich erkläre hier in allem Ernst und mit allem Nachdruck: Wenn es den Ländern nicht gelingt, die Finanzerfassung, die Sozialabgaben und die Steuern in der DDR auf das schnellste erfolgreich zu organisieren, dann wird die Wiedervereinigung tatsächlich unbezahlbar teuer.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Und hier sind die Länder in eigener Zuständigkeit. Das ist in der Absprache so. Mir sind die 100 Finanzbeamten - ich werde nachher noch einen

(C)

Antrag ankündigen - einfach zu wenig. Das muß schleunigst geschehen, denn das sind ja nicht nur Finanzbeamte nach westdeutschem Recht, sondern wir wissen ja, daß die auch verpflichtet sind, die Sozialabgaben einzubehalten, weil wir ja noch keine stehenden Versicherungen haben, die das können. Wenn wir da nicht rechtzeitig handeln - wir sind schon sehr, sehr spät, wenn ich sehe, was bei den Renten usw. gelaufen ist, was da hereinkommt an Beträgen -, dann schaden wir uns ganz erheblich selber.

Die Länder müssen also ganz schnell leistungsfähige Einnahmestrukturen schaffen, damit wir keinen Schaden erleiden.

In dem Zusammenhang möchte ich gerne noch einmal auf das zurückkommen, was ich gestern in der späten Stunde nur andeuten konnte. Nämlich: Was kostet eigentlich Nordrhein-Westfalen die Wiedervereinigung, und was tun wir dazu? Der Fonds soll 1,95 Milliarden DM in den vier Jahren bis einschließlich 1994 kosten. Es sind keine 30 Milliarden DM, von denen ich hier mittlerweile befürchten muß, daß die Landesregierung sich daran festhalten will. Man sollte wenigstens dazu sagen, daß das in einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren der Fall sein soll.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist auch gesagt worden!)

(D)

- Nein, eben nicht. Herr Clement hat gestern einfach nur gesagt, es kostet doch 30 Milliarden DM. So einfach kommen Sie nicht aus der Kurve heraus. Man sollte dazusagen, daß davon 40 Prozent die Gemeinden zahlen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Alles so gesagt!)

- Nein, nicht gesagt. Dann müssen wir alles ganz seriös auseinanderbröseln; damit machen Sie nämlich wieder Angst. Ich will Ihnen jetzt einmal eine ganz seriöse Rechnung aufmachen, Herr Trinius. Dann können Sie einmal versuchen, zu folgen. Die eine Zahl, die Herr Dr. Linssen gebracht hat, ist richtig. In diesen vier Jahren, in denen wir 1,95 Milliarden DM in den Fonds zahlen, wird das Land Nordrhein-Westfalen über 252 Milliarden DM an Steuern einnehmen, und zwar nur das Land, ohne die Gemeinden. Das heißt, 0,8 Prozent der Steuereinnahmen in diesem Zeitraum geben wir für den Zweck DDR aus. Erste Feststellung!

Zweite Feststellung: Wir haben in diesem Zeitraum Zuwächse von 32 Milliarden DM nach den Steuerschätzungen aus dem Mai - mittelfristige Finanzpla-

(A) (Abgeordneter Schauerte [CDU])

nung, fortgeschrieben -, die beim Land verbleiben.

Ich glaube, daß das seriöse Schätzungen sind. In der Vergangenheit sind die Schätzungen immer übertroffen worden, seitdem Helmut Kohl regiert, Herr Schläußer! Bei Helmut Schmidt war das umgekehrt. Seit Helmut Kohl regiert, sind die Schätzungen eingehalten und deutlich übertroffen worden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Deswegen sind Sie ja innerlich auch dafür, daß die in Bonn so wettermachen können, weil Sie genau wissen, was Sie für Probleme bekämen, wenn sich das ändern würde.

(Zustimmung bei der CDU)

Also: 32 Milliarden DM Steuermehreinnahmen in den vier Jahren. Wir wollen 1,95 Milliarden DM ausgeben; das sind gerade 7 % des Zuwachses.

Eine dritte Vergleichszahl: Wir rechnen mit Steuerzuwächsen nominal - ich muß das bewußt sagen, damit die Zahl nicht übergroß erscheint - im Schnitt von 6 bis 7 % in den nächsten vier Jahren. So ist die mittelfristige Finanzplanung aufgebaut. Wenn wir sagen, wir machen 5 % Haushaltssteigerung wegen der Bedürfnisse im Lande - wegen Personal, wegen Tarifen, wegen neuer Aufgaben mit allem Drum und Dran -, ist das sicherlich eine Linie, die schon deutlich über den Empfehlungen des Finanzplanungsrates liegt. Der Finanzplanungsrat empfiehlt nämlich 3 bis 3,5 %.

(B)

Also nehmen wir einmal 5 % an. Dann bleiben 2 % pro Jahr an Zuwächsen übrig. 2 % pro Jahr bedeuten 1,1 Milliarden DM jährlich. Das sind in den vier Jahren 4,4 Milliarden DM, die im Grunde freie Spitze sind, wegen des guten Verlaufs der Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland, in Relation zu 1,9 Milliarden DM. Das heißt, wir zahlen hier also nicht einmal 1 % des Zuwachses, den wir frei hätten, für DDR-Zwecke.

Vierte Bemerkung: Die DDR - und auch darüber sind wir miteinander wohl nicht im Streit - ist wegen ihres enormen Erneuerungsbedarfs ein eigenständiges Konjunkturprogramm für die Bundesrepublik Deutschland.

(Zustimmung bei der CDU)

Tut mir leid, daß ich das so auf den Punkt bringen muß; das hat eine Funktion. Ich sehe das natürlich mit heißem Herzen und nicht so technokratisch.

(C)

Aber die DDR wirkt wie ein eigenständiges Konjunkturprogramm für die Bundesrepublik Deutschland. Die Experten sagen: zwischen 1 und 2 % eigene bessere Leistung.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Das ist ja auch ganz einfach: Sie füllt die Auftragsbücher bei den Großunternehmen, sie leert die Gebrauchtwagenplätze bei den Automobilhändlern, sie sorgt dafür, daß 20 % Zuwachsrate bei den Zulassungen von Neuwagen da sind, weil die alten Autos mit großem Schwung verkauft worden sind. Die Wuppertaler Molkerei liefert Yoghurt in die DDR.

Also: Die Bundesrepublik Deutschland - und ebenso das Land Nordrhein-Westfalen - hat einen Konjunkturzuwachs zwischen 1 und 2 % wegen der Entwicklung in der DDR. Unsere Technologie, unsere Umweltschutztechnologie - Steinmüller und wie die Firmen alle heißen - geht doch in die DDR. Wir liefern doch die Reinigungsanlagen. Die DDR hat eine enorm positive Wirkung auf Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen. Sie wirkt wie ein eigenständiges Konjunkturprogramm.

Was nehmen wir wegen der DDR pro Jahr ein? Was verdienen wir an der DDR-Entwicklung, an der Wiedervereinigung pro Jahr? Und das nur aus der Sicht des Finanzministers betrachtet - für die Volkswirtschaft als Ganzes sind das ganz andere, größere Zahlen.

(D)

Wenn wir von 1,5 % Zuwachs ausgehen, den uns die DDR und der Wiedervereinigungsprozeß bringen, haben wir 800 Millionen DM Steuermehreinnahmen pro Jahr. In vier Jahren sind das 3,2 Milliarden DM. Da wir aber in diesen vier Jahren nur 1,9 Milliarden DM in diesen Topf hineingeben, ist die Behauptung berechtigt: Wir verdienen an der DDR, der Finanzminister dieses Landes verdient an der DDR.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Steuereinnahmen des Jahres 1990 zeigen das auch, Herr Schläußer. Sie hatten wegen der Steuerreform und wegen des großen Zuwachses im Jahre 1989 für 1990 prognostiziert, eine Milliarde DM weniger Steuern einzunehmen. Wir haben im ersten Halbjahr des Jahres 1990 bereits 500 Millionen DM mehr eingenommen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Erklären Sie, wo die herkommen!)

(A) (Abgeordneter Schauerte [CDU])

- Ja, gut! - Aber Sie haben Ihre Sondereinflüsse, das ist mir bekannt. Sie reden das herunter. Aber ich garantiere Ihnen: Am Ende des Jahres werden wir nicht eine Milliarde weniger haben, sondern viele hundert Millionen mehr als 1989. Wir werden dann ja darüber reden. Das bestätigt also die Richtigkeit meiner These.

Im Jahre 1990 - um es auf den Punkt zu bringen - gibt dieses Land einschließlich dieses Nachtragshaushaltes 61 Millionen DM für Zwecke der DDR aus - 61 Millionen DM!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was? Mehr nicht?)

- Nein, 61 Millionen! Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, wenn man all die Klagelieder hört, die hier veranstaltet werden. 61 Millionen! Und wir nehmen in diesem laufenden Jahr wegen der Entwicklung in der DDR bereits zwischen 500 und 800 Millionen DM an Steuern mehr ein.

(Zustimmung bei der CDU)

Also, meine These bleibt: Das Land Nordrhein-Westfalen verdient an der Wiedervereinigung. Es verdient bei Steuern, es verdient beim Wirtschaftswachstum, und es verdient bei den Arbeitsplätzen. Die Wiedervereinigung ist gut für die Bürger in Nordrhein-Westfalen, auch wegen dieser zulässigen wirtschaftlichen Betrachtungsweise.

(B)

Wir schützen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen; natürlich sind wir bei der Frage des Regierungssitzes anderer Meinung. Wir schützen die Interessen des Landes beim Stimmrecht; an einer solchen Stelle haben wir überhaupt kein Defizit. Aber wir meinen: Das Land Nordrhein-Westfalen darf nicht zum einen an der DDR verdienen und zum anderen in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als würde es wegen der Folgeprobleme mit der DDR ausgepowert. Hier muß Redlichkeit hinein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen deswegen eine tatkräftigere Unterstützung des Wandels und des Wiedervereinigungsprozesses nicht nur finanziell, sondern auch politisch. Dieser Verpflichtung versagt sich die SPD-Landesregierung. Sie klagt, ohne zu leiden. Sie beklagt die Umstände laut und kassiert still. Sie redet vom Teilen - der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung - und handelt in krasser Weise egoistisch.

(C)

Wir fordern im wohlverstandenen Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen erstens eine Kurskorrektur: Weg vom Verweigern, hin zum verstärkten Helfen und zur positiven Begleitung dieses historischen Prozesses.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern zweitens einen Bericht vor dem Parlament über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Wiedervereinigungsprozesses auf die Wirtschaft, die Steuern und die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Gemeinden, damit Klarheit hereinkommt, damit endlich nicht mehr gedrückt werden kann, sondern wirklich feststeht, wie sehr wir am Wiedervereinigungsprozeß verdienen.

Wir fordern drittens die Zusammenfassung aller Hilfen in einem besonderen Haushaltsansatz, damit wir auch auf Dauer - das wird ja ein längerer Prozeß sein - Transparenz haben und sehen können, was wirklich abfließt, wohin es fließt und wie es aufgebaut ist.

Wenn wir wegen der DDR eines Tages in die Situation kommen sollten, neue Schulden machen zu müssen, bitte ich ausdrücklich an, diese Schulden, die deswegen kommen sollten, auch gesondert zu erfassen.

Auch aus diesem Grund ist es im Interesse der Landesregierung richtig, diesen Sonderhaushalt zu fahren und an diesem Punkt eine Sondertransparenz herzustellen.

(D)

Wir fordern viertens eine erhebliche Verstärkung der Hilfen beim Aufbau der Finanzverwaltung in Brandenburg. Das ist unsere ganz konkrete Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, 100 Finanzbeamte zum Aufbau einer leistungsgerechten und schnell wirksamen Finanzverwaltung sind zuwenig. Wir fordern Sie dringend auf, noch im Rahmen dieser Nachtragshaushaltsberatungen nachzuliefern. Wir bieten unsere Mitwirkung an. Die 100 sind entschieden zuwenig. Was wir da versäumen - ich habe es zu Anfang gesagt -, das bezahlen wir teuer, weil Einnahmen nicht richtig, rechtzeitig und schnell organisiert sind.

Ich komme zum zweiten Punkt, der einigen in der Landesregierung sehr wahrscheinlich wichtiger war als die DDR-Entwicklung - ich meine insbesondere

(A) (Abgeordneter Schauerte [CDU])

so ganz schnell eingestellte Staatssekretäre und andere -, ich komme nämlich zu den 138 neu geschaffenen Stellen. Die kosten pro Jahr 15 Millionen DM. Wenn man sieht, was Sie an Einsparungen, Verlagerungen etc. haben - nämlich Null -, meine ich, daß der Finanzminister an dieser Stelle total versagt hat.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

Er hat jedem Änderungswunsch in diesem Bereich stattgegeben und nicht einen Sparbeschluß durchgesetzt. Er hat nicht einmal abgesetzt, was er wegen der eingesparten Minister, die ja auch alle in einer Ecke zu finden sind, in den einzelnen Etats hätte einsparen können. Beim Ministerpräsidenten Rau habe ich das Gefühl, er bekommt zwei Gehälter weiter; denn die Staatssekretärstelle von Clement bleibt drin, obwohl er Minister geworden ist, und der Ministerpräsident lebt auch fröhlich fort. Nicht einmal an solchen Ecken haben Sie dokumentiert, daß Sie aufpassen und sparen wollen. Das haben Sie nicht getan.

Der Ministerpräsident bekommt 22 neue Stellen. Es ist unglaublich, wie sich diese Behörde vollsaugt. Über kurz oder lang können wir - wir befinden uns jetzt noch in der Phase der permanenten Vermehrung von Ministerien; in der Regierungszeit Rau hat sich die Landesregierung um drei Ministerien vergrößert, ein stolzer Effekt - die Ministerien wahrscheinlich einstampfen, weil die Staatskanzlei eh alles macht. Die wächst prächtig - das kann man schon sagen -, obwohl ich gar nicht sehe, welche neue Aufgabe sie wirklich bekommen hat.

(B)

Eine andere Situation finden wir beim Wirtschaftsminister. Der kann einem eigentlich nur noch leid tun. Die Kompetenzen sind beschnitten worden. Er hat heute 2,3 Milliarden DM weniger Volumen, als er vor fünf Jahren hatte; das ist ungefähr die Hälfte weniger von dem, was er heute hat. Dieser Minister, dem eine Kompetenz nach der anderen genommen wird, der mit seinem Haus bei der Pöstchenschafferei der Steinbruchbetrieb im Lande Nordrhein-Westfalen geworden ist, bekommt jetzt noch zwei Stellen mehr: Er bekommt weniger Aufgaben, aber zwei Stellen mehr.

Herr Finanzminister, haben Sie da nicht aufgepaßt? Mußten Sie einen Deal mit ihm machen, damit Sie bei der WestLB mehr zu sagen haben? Haben Sie ihm dafür dann zwei Leute angeboten? Oder wie ist dieser Kungel zustande gekommen? Anders läßt sich das doch gar nicht mehr erklären.

(Beifall bei der CDU)

Ausgerechnet der Wirtschaftsminister, dem wieder die Kompetenzen beschnitten wurden, bekommt zwei Leute mehr. Weniger zu verwalten, ist offensichtlich anstrengender, als mehr zu verwalten.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.): Das kann man bei Parkinson schon nachlesen!)

- Genau das ist der Punkt. Das sind gelehrige Schüler. Die könnten einen Diplom-Parkinson an einer westdeutschen oder nordrhein-westfälischen Universität einführen. Eine solche Fachrichtung sollte geschaffen werden; denn das wäre eine gute Startvoraussetzung für eine Karriere in dieser Landesregierung.

Beim Wohnungsbauministerium schaffen Sie 68 neue Stellen. Wie teuer ist uns dieses Ministerium schon geworden! Das kann niemand erklären. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum dort 68 neue Stellen eingerichtet werden müssen.

Beim Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann wollen Sie 36 neue Stellen schaffen. Die Ministerin hätte dann 200 % Stellen mehr als vorher. Das muß sich aber im Lande bemerkbar machen! Da wird aber was passieren! Da gucken wir mal nach einem Jahr. Das Land muß in diesem Bereich dann ja revolutionär umgestaltet worden sein. Wir werden mal gucken, wie das mit dem Input und dem Output ist. Ich sage Ihnen, es wird alles putt-putt sein, es kommt nämlich nichts dabei heraus. Nur die Stellen sind vermehrt worden, ich sage es Ihnen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Bei dem Ministerium für Bauen und Wohnen haben wir auch noch diese schicke Geschichte mit den 100 000 DM für Aushilfskräfte. Das ist eine Story, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muß. Da ist einer, weil er bei seinen Bürgern im Hochsauerlandkreis keine Mehrheit mehr bekam, durchgefallen. Der heißt Westermann. Weil unser Kollege Lösecke bei den Bürgern ein besseres Ansehen genossen hat, hat er ihm den Wahlkreis abgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja eine fürchterliche Situation für jemanden, der nicht weiß, was er sonst tun soll. Also hat die Landesregierung gesagt: Bei uns fällt keiner, wir lassen keinen durchhängen. Dann haben die den Mann sofort, bevor die haushaltsrechtlichen Vor-

(A) (Abgeordneter Schauerte [CDU])

aussetzungen geschaffen waren, bevor das Parlament die Stelle geschaffen hatte, als Staatssekretär beschäftigt. Ich frage mich schon die ganze Zeit - wir werden das einmal untersuchen lassen -, ob der als Staatssekretär irgendwo gehandelt hat. Das durfte er nämlich nicht. Ich würde gerne einmal sehen, ob er einen Brief als Staatssekretär unterschrieben hat. Das durfte er nämlich nicht. Aber das Staatssekretärsgehalt hat er sicherlich schon bekommen. Weil es noch keine Stelle gab, haben Sie gesagt, wir bezahlen ihn aus der Position für Aushilfslöhne.

(Beifall bei der CDU)

Entschuldigen Sie einmal, der Abgeordnete Herr Westermann bekommt wie jeder andere, der nicht wiedergewählt worden ist, Übergangsgeld usw. und fällt nicht ins Bodenlose. Warum kann man nicht warten, bis eine ordnungsgemäße Beratung stattgefunden hat, und dann nach Recht und Gesetz vorgehen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was ist das für eine eigenartige und nicht erträgliche Eile bei einer solchen Position? Das war ein schlechter Start für den Finanzminister, der das ja schließlich mitgemacht hat, aber auch für den Kollegen Westermann, dem ich einen besseren Start gewünscht hätte.

(B)

Jetzt haben wir also 138 neue Stellen. Die CDU-Fraktion schlägt statt dessen vor, die 138 Stellen durch nochmaliges Einsparen nicht zu schaffen, sondern bietet zwei Möglichkeiten zur Auswahl an. Die erste ist, 138 Sonderschullehrer neu einzustellen, um die miserable Situation an den Sonderschulen endlich in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das wäre unser erster Vorschlag, unsere erste Anregung. Wenn Sie sich dazu nicht durchringen könnten, würde ich bitten, diese Mittel in Wohnungsbauprogramme umzuwidmen; denn mit den Mitteln für diese 138 Stellen könnten Sie 50 Jahre lang - solange werden diese Leute nämlich sehr wahrscheinlich ihre Stellen einnehmen -

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: 35!)

- oder 35, sagen wir 35 -, 35 Jahre lang jedes Jahr - ohne die Gehaltserhöhungen einzurechnen - über 300 Wohnungen im dritten Förderungsweg zusätzlich fördern.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre ein Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot im Land Nordrhein-Westfalen. Da machen die sich die warmen Beamtenstellen in Düsseldorf etwas komfortabler und reden in der Öffentlichkeit von zu wenigen Wohnungen. Sie sollten Wohnungen bauen und nicht Stellen schaffen! Deswegen meinen wir, dieser Vorschlag ist auch sehr sinnvoll. Überlegen Sie das noch einmal! 300 Wohnungen pro Jahr, 35 Jahre lang. Man darf gar nicht ausrechnen, wie viele schöne, komfortable Wohnungen für Familien mit Kindern, für Menschen, die draußen arbeiten und eine ordentliche Wohnung haben wollen, geschaffen werden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Zum eigentlich Wohnungsbauprogramm. Leute, da wird dann jetzt angeschlossen. Da läuft die Landesregierung mit hängender Zunge den Komplementärmitteln des Bundes in einem Nachtragshaushalt nach, dieselbe Landesregierung, die die Bundesregierung permanent angreift, sie fördere zu spät, zu knapp und zu wenig.

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie die Mittel in Ihrem damaligen Haushalt schon gehabt hätten. Das hatten wir übrigens beantragt, Sie aber haben es abgelehnt. Ich hätte mich auch jetzt gefreut, wenn Sie mehr getan hätten. Aber nein, Sie laufen nach. Ich meine, das gehört festgehalten, damit Sie nicht immer meinen, Sie könnten mit der Fahne vorwegmarschieren. Sie laufen hier als Nachhut hinter der Bonner Gesetzgebungslage her und tun nichts eigenes Zusätzliches. Wir begrüßen, daß jetzt mehr Wohnungen gebaut werden können,

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: 2,1 Milliarden DM allein Landesmittel!)

aber eine besondere Anstrengung der Landesregierung ist damit nicht verbunden.

- Wir reden über das, was im Nachtragshaushalt steht, Herr Trinius. Habe ich über etwas anderes gesprochen?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Für den Wohnungsbau nur Landesmittel! Bonn hinkt hinterher!)

- Steht das im Nachtragshaushalt? - Aber Herr Trinius, das steht doch gar nicht im Nachtragshaushalt! Wir sprechen doch nicht darüber, was in den letzten zehn Jahren passiert ist, sondern darüber, was in diesem Nachtragshaushalt geschieht

(A) (Abgeordneter Schauerte [CDU])

und welche Anstrengungen die Landesregierung unternimmt. Und da ist meine Beschreibung zutreffend, denn werden Sie doch recht geben!

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Bonn läuft hinterher!)

- Ja, ja. - Jetzt zu den Übergangsheimen, das muß sein. Ich kann mich kurz fassen, will nur eine Warnung aussprechen: Die Finanzierungsmethode, daß die Mittel aus den Abrechnungsbeträgen, die den Gemeinden zustehen, zu einem Teil entnommen werden, darf nicht in Serie gehen. Ich sage jetzt schon: Wir werden nicht akzeptieren, daß die Gemeindefinanzen der neue Steinbruch bei den offensichtlich zu erwartenden Operationen im neuen Landeshaushalt werden! Das sage ich jetzt und hier.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten muß an der Sache gearbeitet werden, da sehe ich keinen Unterschied zwischen uns.

Bei den Hochschulen ist wenig nötig. Zu dem Einsparungsvorschlag, daß die Hochschulen das bei der gegenwärtigen Situation selber erwirtschaften sollen, sage ich: Das ist doch der Punkt, Herr Schlußer! Die Hochschulen sollen die 8,8 Millionen DM für neue Stellen selbst erwirtschaften - das steht bei den Allgemeinen Einsparungen im Hochschultitel. Das ist ressorteng geschnitten, so steht es im Nachtragshaushalt. Erklären Sie das nachher? Wir haben das so verstanden, daß die 8,8 Millionen DM, die Sie für neues Personal aufwenden, bei Sachmitteln und anderem, sogar beim Personal, im Hochschulbereich eingespart werden sollen. Das ist ein Beispiel im Hinblick auf die 138 neuen Beamtenstellen. Es wäre eine tolle Sache gewesen, wenn Sie gesagt hätten, die Beamten sollten sich so einsparen, daß wir sie vermehren könnten. Ein Kunststück, nicht?

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- Mich können sie ruhig mehrfach gebrauchen, das wissen Sie, Herr Schnoor. - Bei den Hochschulen empfehlen Sie exakt das Rezept, daß 8,8 Millionen DM für die Personalvermehrung kommen sollen, gleichzeitig aber wollen Sie das bei den Leuten, die das begünstigen soll, einsparen. Bei der Beamtenmehrung für die Kabinettsumbildung passiert das nicht, weil die Spielwiesen bedient werden mußten. Ich meine, das ist eine Ungleichbehandlung.

(C)

Schlußbemerkung: Wir werden die Beratung im Finanzausschuß fortsetzen. Das schnelle Beratungsverfahren bei diesem Nachtragshaushalt haben wir akzeptiert, weil wir schnelle Hilfe für die DDR wirklich brauchen und weil das nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Aber mit gleichem Ernst und Nachdruck sage ich: In Zukunft wird wieder ordentlich beraten, auch die Fachausschüsse haben einen Anspruch darauf, ihre Beratungskompetenz in die jeweiligen Haushaltsansätze einfließen lassen zu können. Bei diesem Verfahren war das kaum möglich. In der Zukunft wird wieder ordnungsgemäß, wie es sich gehört, beraten und entschieden, nicht mehr im Hau-Ruck-Verfahren. Dies war nötig geworden, weil Sie, Herr Schlußer, den Nachtragshaushalt so spät vorgelegt haben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schauerte. - Ich darf Herrn Abgeordneten Trinius von der SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte sehr!

Abgeordneter Trinius (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schauerte,

(D)

(Zuruf von der CDU: War gut!)

genau dies ist der Punkt - wir haben gestern schon darüber gesprochen -: Es besteht tatsächlich die große Gefahr, daß das Geld aus der DDR sehr schnell in die Bundesrepublik zurückfließt. Ich erinnere an meine Ausführungen, die ich gestern gemacht habe. Nur, Herr Kollege Schauerte, wenn es denn stimmt, daß in der Bundesrepublik irgendwo mehr an Steuern hereinkommt, als ursprünglich angenommen wird, das in allen Ländern, in allen Kommunen - insbesondere im grenznahen Bereich -, in Berlin und beim Bund passieren. Dann sind wir an einem ganz entscheidenden Punkt:

Der Bund ist der einzige, der flexibel reagieren kann, der einzige, der über Steuerrecht entscheiden kann. Sie, Herr Schauerte, machen den Versuch, die Aufgaben, die eigentlich Bundesaufgaben sind, auf die Länder und auf die Kommunen herunterzudrücken, um den Bund zu entlasten. Das ist ein schlechter Weg. Um das tun zu können, operieren Sie mit Phantasiezahlen.

(A) (Abgeordneter Trinius [SPD])

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wo?)

Einmal war die Rede von einem Mehr an Steuereinnahmen in Höhe von 13 Milliarden DM, dann sprach ein Kollege von Ihnen von 20 Milliarden DM, Sie sprechen jetzt von 32 Milliarden DM. Mit diesen frei erfundenen Zahlen operieren Sie. Bei Ihren Vorhersagekünsten möchte man dem Finanzminister beinahe empfehlen, er möge künftig, bevor er die Ansätze für die Kohlebeihilfe festlegt, bei Ihnen nachfragen, wie Sie die Dollar-Entwicklung in den nächsten vier Jahren einschätzen. Dann hätten wir eine ebenso gute Basis, von der wir ausgehen könnten.

Es gilt folgendes: Ihre Prognosen sind höchst unsicher. Sie berücksichtigen dabei nicht die Geldwertentwicklung und die notwendige automatische Steigerung von Ausgaben beim Land.

Sie gehen auch mit keinem Wort auf die Absprachen ein, die zwischen Bonn und den Ländern getroffen worden sind, daß sich nämlich an dem Fonds "Deutsche Einheit" die Länder beteiligen und daß für das, was darüber hinaus erforderlich wird, der Bund geradesteht - das ist Zusage des Bundes. Warum mogeln Sie sich aus dieser Bindung? Ich habe wirklich Zweifel, ob Sie die Interessen des Landes oder vielmehr nur die Interessen des Bundes vertreten,

(B) (Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nein! Nein!)

damit sich Ihre Prognosen schließlich nicht als waghalsig entlarven.

Einer der aufmerksamsten Zuhörer unserer Debatten scheint Herr Fink von den Christlichen Sozialausschüssen der CDU zu sein. Er hat jetzt ein Investitionsprogramm für die DDR verlangt, worüber wir mehrfach gesprochen haben. Herr Fink, macht sich, anders als Herr Schauerte, wirklich darüber Gedanken, wie man das finanzieren kann. Er kommt zu dem Ergebnis - das entnehme ich der heutigen Ausgabe der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" -, zur Finanzierung stünden 27 Milliarden DM bereit, wenn man auf die Unternehmenssteuersenkung in den nächsten Jahren verzichtete.

Dies scheint mir aus der Sicht eines Mannes der Sozialausschüsse eine ehrlichere, bessere und zukunftsfruchtigere Antwort zu sein als das, was wir hier von Herrn Schauerte haben hören müssen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung eingebrachte Nachtragshaushalt setzt einen deutlichen und inhaltlichen Schwerpunkt bei Maßnahmen zur Überwindung der Teilung in Deutschland. Ich begrüße es, daß dazu auch der Sprecher der CDU-Opposition ja gesagt hat.

Dabei knüpfen wir an das, was wir bisher getan haben, nahtlos an; denn von Anbeginn der atemberaubenden Entwicklung in der DDR hat sich das Land Nordrhein-Westfalen seiner besonderen Verantwortung als größtes Bundesland gestellt und den im Rahmen seiner Möglichkeiten gebotenen Beitrag zur Überwindung der Teilung für die DDR geleistet.

Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit - und wird dies auch in Zukunft tun - diesen von Solidarität mit den Menschen geprägten Kurs vorbehaltlos unterstützt. Ich betone dies, weil es leider andere, unverantwortliche Stimmen gibt - nicht aus meiner Partei, wohl aber von der CDU/CSU -, die DDR dürfe keine müde Mark mehr aus dem Bonner Steuersäckel bekommen. So der bayerische Ministerpräsident Streibl am vorletzten Wochenende. Ich glaube, das alles nimmt Herr Schauerte gar nicht zur Kenntnis. Das ist eine offene Aufforderung zum Vertragsbruch; denn bekanntlich sind der DDR im Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bestimmte Zuwendungen zugesichert worden.

(D)

Wer sich so äußert wie der bayerische Ministerpräsident, verstößt gegen die gebotene Solidarität,

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: So ist es!)

der setzt auf Erpressung der derzeit noch Verantwortlichen in der DDR, und der mißachtet die Interessen der Menschen in der DDR, die einen Einigungsprozeß in Würde wünschen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Unser Land Nordrhein-Westfalen leistet 1990 sehr konkrete Hilfe: 20 Millionen DM sind im Haushalt für das Deutschland-Programm der Landesregierung ausgebracht. Insgesamt sind bis heute 44 Millionen DM für humanitäre und sonstige Hilfen in der DDR bewilligt, zum großen Teil im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bereitgestellt, für die die Ressorts an anderer Stelle zur Deckung erwirtschaftet haben. Weitere 12 Millionen DM sind den Gemeinden aus dem Ausgleichsstock für den Ausbau bestehender Partnerschaften zur Verfügung gestellt worden.

(A) (Abgeordneter Trinkus [SPD])

Zur Förderung der Wirtschaft ist für Unternehmen, die ihren Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen haben und sich in der DDR engagieren wollen, die Möglichkeit geschaffen worden, Landesbürgschaften bis zu einer Höhe von 1 Milliarde DM zu beantragen. Einen derartigen Beitrag, der dafür sorgt, daß das Geld in der DDR zirkulieren kann, gibt es im übrigen von keinem anderen Land.

Der Schuldendienst, den das Land und seine Gemeinden zugunsten des Fonds "Deutsche Einheit" zu leisten haben, beläuft sich bis 1994 auf insgesamt 3,3 Milliarden DM. Ab 1995 beträgt die Schuldendienstleistung jährlich 1,3 Milliarden DM, die dann für viele Jahre in dieser Höhe zu leisten ist.

Insgesamt wird Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung der neuen Länder und Gemeinden in der bisherigen DDR mehr als 30 Milliarden DM für Zins und Tilgung ausgeben.

In der DDR - das ist der andere Schwerpunkt - kommt es jetzt darauf an, möglichst rasch den Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Funktionsfähigkeit der Verwaltung auf allen Ebenen sicherzustellen. Hierzu bedarf es großer Anstrengung zur fachlichen Qualifizierung. Personelle Verwaltungshilfen zu geben, fällt in die originäre Aufgabenzuständigkeit der Länder. Um eine koordinierte Hilfe sicherzustellen, haben die Länder die Zuständigkeit bei der Hilfe regional aufgeteilt.

(B)

Richtig ist - was auch Herr Schauerte betont hat - der Aufbau einer funktionsfähigen Finanzverwaltung. Dabei konzentrieren wir in Nordrhein-Westfalen uns auf die Bezirke Cottbus, Frankfurt an der Oder, Neubrandenburg - das entspricht dem künftigen Land Brandenburg - und auf den Bezirk Leipzig.

Verwaltungshilfe bedeutet Fortbildung der Bediensteten im Rahmen von Lehrgängen und Beratung der Beschäftigten der DDR-Verwaltungen vor Ort. Sehr häufig heißt es, praktisch am Punkte Null zu beginnen. Die Dimension der Aufgabe wird deutlich, wenn man beispielsweise an die Finanzverwaltung denkt. Eine Steuerverwaltung wie im Bundesgebiet kannte die DDR nicht. Die Steuerfestsetzung folgte sehr einfachen Regeln.

Mit Errichtung der Währungsunion hat die DDR einen Teil der Steuergesetze der Bundesrepublik übernommen, unter anderem das Umsatzsteuergesetz. Vom 1. Januar 1991 an wird das in der DDR geltende Steuerrecht weitgehend dem der Bundesrepublik entsprechen, und dieses Recht ist den

(C)

Verwaltungskräften drüben in der DDR so gut wie fremd - übrigens auch den Bürgern.

Die möglichst rasche Schaffung der notwendigen Verwaltungsstrukturen verlangt nicht nur von den Bediensteten der DDR, sondern auch von den westdeutschen Beratern erhebliche Anstrengungen und einen hohen zeitlichen Einsatz. Ich finde es bemerkenswert, wie viele Mitarbeiter in unserer Landesverwaltung und in unseren Gemeinden sich spontan bereit erklärt haben, beim Neuaufbau in der DDR mitzuwirken. Dieser Bereitschaft zur Mithilfe gebührt der herzliche und aufrichtige Dank auch dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Es kann keine Frage sein, daß die Mehrbelastungen, die durch die Hilfe beim Verwaltungsaufbau in der DDR entstehen, nicht allein im Rahmen des vorhandenen Personals aufgefangen werden können. Die SPD-Fraktion wird daher den im Nachtragshaushalt ausgebrachten zusätzlichen Stellen für diese Bereiche, die besonders belastet sind, zustimmen. Ich habe gehört, auch die CDU wird dem zustimmen, möglicherweise sogar mehr beantragen. Wir begrüßen gleichzeitig, daß diese Stellen ausnahmslos künftig wieder wegfallen werden; damit wird der vorübergehende Charakter deutlich.

Der andere Schwerpunkt, die bereits vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung erläuterte Neuorganisation der Landesregierung, erfordert zusätzliche Stellen sowie zusätzliche Sachmittel. Bereits die gestrige Aussprache hat deutlich gemacht, daß meine Fraktion die Neuschaffung des Ministeriums für Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Ministeriums für Bauen und Wohnen für sachlich geboten und für politisch sinnvoll hält.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wohnungsbau ist tatsächlich ein politischer und investiver Schwerpunkt.

Ich verstehe ja, wenn die Opposition die damit verbundene Stellenausweitung kritisiert; aber dann lassen Sie mich ein paar Hinweise geben, wie das denn anderswo aussieht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen jetzt 13 Ressorts und 12 Staatssekretäre. Bayern hat 11 Ressorts und 11 Staatssekretäre; das sind drei Staatssekretäre mehr als vor zehn Jahren. Rheinland-Pfalz hat 10 Ressorts und 11 Staatssekretäre; das sind zwei mehr als 1980.

(A) (Abgeordneter Trinius [CDU])

Beim Bund hat sich die Situation von 1980 bis heute wie folgt entwickelt: Der Bund hat heute 18 Ressorts; das sind zwei mehr als vor 10 Jahren. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der beamteten Staatssekretäre um drei auf 24 erhöht und die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre um 8 von 16 auf 24.

(Abgeordneter Farthmann [SPD]: Hört, hört!)

Wenn Sie schon diese Einrichtung von Staatssekretären hier bei uns kritisieren, dann tun Sie es doch bitte vor dem Hintergrund eines Vergleichs mit anderen Ländern und auch der Entwicklung im Bund. Wenn ich das vergleiche, komme ich zu dem Ergebnis: Die Landesregierung handelt sparsam, sparsamer jedenfalls als andere.

Insgesamt 100 Millionen DM, 60 Millionen DM in bar und 40 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen, werden den Gemeinden mit dem Nachtrag zusätzlich für den Bau von Übergangswohnheimen für Aussiedler zur Verfügung gestellt. Hier wird deutlich, daß das Land seine Städte und Gemeinden in der derzeit schwierigen Lage nicht im Regen stehen läßt. Für 1990 stehen damit insgesamt 430 Millionen DM für den Bau von Übergangswohnheimen zur Verfügung.

(B)

Ich will an die drei Sätze erinnern, die Kollege Schmidt in der Debatte der vorigen Woche in diesem Zusammenhang gesagt hat: Am Asyrecht wollen wir festhalten; die Verfahren wollen wir beschleunigen, und den Gemeinden wollen wir helfen! Das tun wir.

Die im Nachtragshaushalt veranschlagten zusätzlichen 66 Millionen DM Barmittel und die zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 648 Millionen DM für den Wohnungsbau unterstreichen die Bedeutung, die das Land der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum beimißt.

Aber, meine Damen und Herren, damit hier nicht weiterhin falsche Legenden gebildet werden, wollen wir noch einmal einen Blick auf die Wohnungsbaupolitik des Bundes in den letzten zehn Jahren zurückwerfen. 1982 hat der Bund ein Gesetz zur Erhöhung des Angebotes an Mietwohnungen verabschiedet. Die Erwartung war: Wenn ich die Erhöhung der Mieten erleichtere, dann führe das dazu, daß mehr Mietwohnungen im freien Mietwohnungsbau gebaut werden. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Nur eines ist passiert: Die Mieten sind gestiegen. Der freie Mietwohnungsbau ist zurückgegangen. Das war das Ergebnis.

(C)

Es sind sehr viele Wohnungen in Büroräume und anderes umgewandelt worden. Das war ein anderes als das erhoffte Ergebnis. Wir wissen inzwischen, daß auf diese Weise pro Jahr etwa 100 000 Wohnungen aus dem Mietwohnungsmarkt herausgenommen worden sind.

Dieses Gesetz, das das Angebot an preisgünstigem Mietwohnraum erhöhen sollte, hat nicht so funktioniert, wie es funktionieren sollte. Diese Feststellung konnte man drei oder vier Jahre später treffen.

Nun ist keinem Politiker vorzuwerfen, daß er sich irrt oder daß eine Maßnahme nicht so funktioniert, wie er es gedacht hat. Aber wenn ich nach drei Jahren feststelle, daß sie nicht funktioniert hat, dann muß ich meine Maßnahme korrigieren. Das ist nicht geschehen.

Der Bund hat dann 1984/85 etwas ganz, ganz anderes getan. Er war bereit, die Gemeinschaftsaufgabe sozialer Mietwohnungsbau aufzugeben und sie allein den Ländern zu überlassen. Er hat zugesagt, die Mittel, die er bis dahin dafür bereitgestellt hatte, den Ländern zu geben, damit sie das auch allein finanzieren könnten. Diese Zusage hat er nicht eingehalten, und auf die andere Überlegung, ob man dann nicht das Wohnungsrecht stärker den Ländern als gesetzgebende Körperschaften übertragen sollte, ist er nicht eingegangen.

(D)

Dann ist dem Bund ganz zuletzt etwas sehr, sehr Schlimmes eingefallen. Dabei ging es um die Steuergesetzgebung des Jahres 1989 für den 01.01.1990. Die Wohnungsnot zeichnete sich überall ab. Es ging um die Notwendigkeit, preisgünstige Mietwohnungen bereitzustellen. Wir hatten dafür früher die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau, die Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugesellschaften eingerichtet. Die Gemeinnützigkeit sollte gewährleisten, daß die Wohnungsbau- und -bewirtschaftungsgesellschaften keinen Gewinn erzielen und infolgedessen in der Lage sind, Mieträume günstig bereitzustellen. So hat es auch funktioniert.

Der Bund aber stellte fest, daß die Steuersenkungen so erhebliche Löcher in die Steuerkasse des Bundes rissen, daß er nach zusätzlichen Einnahmequellen suchte, und da ist man auf den verheerenden Gedanken gekommen, die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften abzuschaffen. Damit treibt man sie dorthin, daß sie Gewinne machen müssen. Das müssen sie aber nur, damit der Bund seine Lücken im Steuersäckel füllen kann. Zu einem Zeitpunkt, Herr Kollege Schauerte, zu dem man die Gemeinnützigkeit für die Wohnungsbaugesellschaften hätten erfinden müssen, wenn

(A) Abgeordneter Trinius (SPD)

man sie nicht schon gehabt hätte, schaffen Sie die Gemeinnützigkeit ab!

Nun zu den Barmitteln: Das Land Nordrhein-Westfalen stellt pro Jahr 2,1 Milliarden bis 2,2 Milliarden DM für den Wohnungsbau bereit, und da fließen vom Bund rund 500 Millionen DM hinein. Der Bund stellt für die ganze Bundesrepublik knapp so viele Barmittel bereit wie das Land Nordrhein-Westfalen allein in seinem eigenen Land. Diese Zahlen muß man zur Kenntnis nehmen.

Dann gibt es noch eine weitere Täuschung, auf die man eingehen muß: Die Mittel, die der Bund bereitstellt und von denen Sie gesprochen haben, verteilen sich auf sieben Jahre.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sind das Bundesaufgaben oder Landesaufgaben? - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie wollten doch die Mischaufgabe haben!)

Sie verteilen sich auf sieben Jahre, und wir müssen diese Mittel praktisch vorfinanzieren.

Vizepräsident Schmidt:

Herr Kollege Trinius, gestatten Sie eine Frage vom Kollegen Krömer?

(B)

Abgeordneter Trinius (SPD):

Ich wollte gerade zum Schluß kommen. - Sie müssen das schon zur Kenntnis nehmen: Wir finanzieren das vor, und wir haben jetzt so viel bereitgestellt, wie wahrscheinlich den zu bewilligenden Bescheiden entspricht; aber Verpflichtungen für die künftigen Jahre sind wir damit schon eingegangen.

Wenn am Anfang von den Kosten der deutschen Teilung und den Kosten der Wiederherstellung der deutschen Einheit die Rede war, dann lassen Sie mich auch als finanzpolitischer Sprecher dazu sagen: Die deutsche Einheit ist es auch wert, daß wir sie finanzieren. Sie ist es wert, daß wir die Wirtschaft drüben in der DDR wieder auf die Beine bringen. Ich darf an das erinnern, was ich gestern gesagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt:

Vielen Dank, Herr Kollege Trinius! Ich darf das

(C)

Wort Herrn Kollegen Wickel für die Fraktion der F.D.P. geben.

Abgeordneter Wickel* (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Nachtragshaushalt setzt sich aus sehr unterschiedlichen Bestandteilen zusammen, und folgerichtig beurteilen wir die auch sehr unterschiedlich.

Er enthält aber insgesamt 841,2 Millionen DM. Das ist mehr als eine stolze Summe, und wir binden uns auch in die Zukunft erheblich.

Wenn ich nun sage, er setzt sich aus mehreren Einzeltellen zusammen, so sind es zunächst die Mehrstellen für personelle Verwaltungshilfen an die DDR. Herr Finanzminister, wir begrüßen die Einrichtung von 372 neuen Stellen ausdrücklich. Wenn ich mir allein die vielfältigen Aktivitäten der Finanzverwaltung unseres Landes vor Augen halte, die dort mithilft, in der DDR eine Steuerverwaltung aufzubauen - und das wird weiß Gott ein schwieriges Unternehmen werden, was man so hört -, dann bin ich eher in Sorge, ob diese 372 Stellen insgesamt tatsächlich ausreichen, dort echte Hilfeleistung zu geben. Denn auf die Finanzverwaltung entfallen in diesem Zusammenhang nur 100 Stellen, auf die Polizei ebenfalls.

(D)

Wenn man jetzt die Fachverbände hört - ich nehme als Beispiel die Deutsche Steuergewerkschaft -, dann ist nicht nur ein erheblich höherer Bedarf errechnet, sondern dann ist zwischen dem Bedarf, den die Fachgewerkschaft errechnet, und dem, was wir tatsächlich leisten, ein himmelweiter Unterschied, da klafft eine Riesenlücke. Darüber, Herr Finanzminister, werden wir uns also in den Ausschußberatungen noch zu unterhalten haben.

Wir haben zweitens die Zuweisungen des Landes für die Errichtung von Übergangsheimen, hier für Aussiedler und Asylbewerber. Daß dieser Betrag erhöht werden mußte, halten wir für richtig.

Drittens: Im Wohnungsbauprogramm soll auf Landesebene die Aufstockung erfolgen, praktisch die Aufstockung des Bundes nachvollzogen werden. Daß sich die Landesregierung entschlossen hat, hier ihren Komplementäranteil zu erbringen, können wir als richtig bezeichnen.

Aber hier bedürfen für uns die Bedingungen, wie der Wohnungsbau vonstatten geht, der Überprüfung. Hier verbinde ich einfach diese Pro-forma-Zustimmung mit der Bitte, endlich auf diesem

(A) (Abgeordneter Wickel [F.D.P.])

Gebiet nicht - und zwar nach Gebetsmühlenart - der Bundesregierung ständig Versäumnisse vorzuwerfen.

Viertens: Wir halten es auch für richtig, daß zusätzlich 8,8 Millionen DM für die Hochschulen unseres Landes und hier für die Erhöhung der Bezüge wissenschaftlicher und studentische Hilfskräfte eingebracht worden sind.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das ist zuwenig!)

- Denken Sie einmal daran, daß das Bessere des Guten Feind ist. Wir unterhalten uns jetzt über die Zahlen, die tatsächlich hier stehen; nur darüber können wir diskutieren. Im Ausschuß nachher haben Sie jede Spielwiese, das entsprechend noch zu diskutieren und zu erhöhen.

Aber wenn ich daran denke, daß mein Freund Joachim Schultz-Tornau diese Forderung fast nach Gebetsmühlenart in den vergangenen Jahren wiederholt hat - man könnte sagen: die ganze letzte Legislaturperiode -, dann kommt das reichlich spät. Herr Kollege Schauerte hat ja auf die Schwierigkeit hingewiesen, gerade im Hochschulbereich jetzt auch noch die Deckung zu erbringen.

(B) Unter fünftens komme ich zum Pferdefuß dieses Nachtragshaushalts. Es ist eigentlich nach unserer Auffassung mehr als ein Pferdefuß, das ist schon ein komplettes Pferd. Aber wenn ich das einführe, meine ich eben das Trojanische Pferd. Hier können nur die Mehrstellen uns in diesen Glauben versetzen, die aus der Umorganisation der Landesregierung herrühren. Diese Umorganisation kostet 139 Stellen mehr. Da bleibt einem doch bei der Finanzsituation des Landes in Kenntnis vieler Dinge, die wir hier besprechen, ein bißchen die Puste weg. 139 Stellen mehr!

Wenn ich jetzt an die parlamentarischen Initiativen der letzten Legislaturperiode denke, allein an den Antrag meiner Fraktion zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung bis hin zu den Empfehlungen der Bürger-Kommission, unseres Kollegen, da war nirgendwo - nirgendwo! - von Mehrstellen auf Regierungsebene die Rede.

Diese Stellenvermehrung muß in der Situation, wie wir sie in Schule, Polizei und Verwaltung haben, an und für sich wie blanker Hohn wirken. Das Land braucht mehr Lehrer, mehr Polizeibeamte, mehr Steuerbeamte,

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

braucht Chemiker für den Umweltschutz; wir brauchen Altenpfleger und Kindergärten. Und was beschert uns die Landesregierung? Mehr Ministerialbeamte. Das muß man sich richtig auf der Zunge zergehen lassen: mehr Ministerialbeamte!

(Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt wage ich einmal eine ketzerische These: Jeder von uns, der hier arbeitet, wird von Papier totgeschlagen. Dieses Papier wird irgendwo produziert. Es kann nur produziert werden, weil genug Leute da sind, die es produzieren. Wenn ich jetzt meine These in den Raum stelle, daß wir in der Ministerialbürokratie ein Drittel weniger Beamte hätten, hätten wir, glaube ich, mehr als die Hälfte weniger Papier, das uns hier erschlägt.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Aber die F.D.P. war immer beamtenintensiv!)

- Halten Sie doch die Luft an!

(Heiterkeit bei der CDU)

Es geht hier um die Stellen, und da reichen nicht Zwischenrufe, da muß man schon die Dinge ein bißchen konkreter werden lassen.

Das heißt also, von mehr Beamten wird mehr Papier produziert, und dieses Papier kriegen wir wieder auf den Kopp gehauen.

(D)

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das macht bei Ihnen auch nichts mehr!)

Warum das Ganze, meine Damen und Herren? Da wird mit Ressortzuständigkeiten gepuzzelt, um ein Superministerium aufzubauen, das da heißt Staatskanzlei. Oder besser: um den Chef dieses Superministeriums auch zum Superminister zu machen. Dafür ist Geld da. Das bitte ich für zukünftige Diskussionen einmal im Hinterkopf festzuhalten.

Wir halten diese Umorganisation in toto für Unfug. Wir brauchen kein Gleichstellungsministerium,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Wir brauchen auch keine F.D.P.!)

wir brauchen aber eine vernünftige Politik für Frauen, die es ihnen ermöglicht, sich in Familie und Beruf zu engagieren. Dazu brauchen wir kein Ministerium.

(Beifall bei der F.D.P.)

(A) (Abgeordneter Wickel [F.D.P.])

Wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der Politik machen kann

(Abgeordneter Henning [SPD]: So wie der in Bonn?)

und nicht nur über Restzuständigkeiten "herrscht", diese verwaltet.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Ohne Beamtel)

Die Aufblähung von Staatsabteilungen ist nicht nur die Folge der Bildung von diversen Kabinettsausschüssen. Damit kommen wir nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion auf ein staatsrechtlich heikles Gebilde, man kann sogar sagen, auf vermintes Gelände. Denn das Innenleben der Regierung ist eben nicht nach Belieben disponibel, sondern in der Verfassung unseres Landes austariert, nämlich ausgewogen gestaltet.

Artikel 55 der Landesverfassung enthält drei Prinzipien: erstens die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten, zweitens die Selbständigkeit der Minister in ihrem Geschäftsbereich, also das sogenannte Ressortprinzip, und drittens die gemeinsame Beratung und Beschlußfassung aller Mitglieder der Landesregierung, nämlich das Kollegialprinzip.

(B)

Kabinettsbeschlüsse verwässern natürlich zunächst die Ressortzuständigkeit. Nehmen Sie den geplanten Kabinettsausschuß für Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wieso muß für eine so klare Restzuständigkeit des Wirtschaftsministers ein Kabinettsausschuß gebildet werden? - Doch nur - das kann einfach die logische Schlußfolgerung sein -, um dem Superminister Clement auch dort und insoweit ein Mitspracherecht einzuräumen.

Jetzt denke ich einmal ein bißchen im Kopf der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oh weia!)

- Lassen Sie das "Oh weia!", den Schmerz haben Sie, den Schmerz habe nicht ich.

(Heiterkeit bei den Oppositionsparteien)

Hier spielt ja auch die Kronprinzenfrage so ein bißchen eine Rolle.

(Lachen bei der SPD)

Der Kollege Minister Matthiesen verliert die Basis, wenn er Heizkraftwerke baut; also kommen sie nicht. Aber Minister Clement kann den Kopf verlie-

(C)

ren, wenn er vor lauter Allzuständigkeit in eine Fehlerquelle läuft.

Insofern ist es ein interessantes Spiel, das wir in den nächsten Jahren erleben werden: wie sich Basis und Kopf der SPD-Minister um die Kronprinzenrolle streiten und sie weiterentwickeln.

(Belfall bei der F.D.P. - Minister Schwier: Die Sorgen haben Sie nicht!)

- Ja, Herr Schwier, die Sorgen, die Sie haben, sind wieder andere als meine. Aber Sie sind auch nicht betroffen von der Kronprinzenrolle.

(Heiterkeit - Abgeordneter Frey [SPD]: Sie auch nicht, Herr Wickel!)

Insofern ist es nett von Ihnen, daß Sie sich hier einschalten.

Meine Damen und Herren, es ist also durchgehend Zweck der Veranstaltung, mit der Stellenvermehrung Dinge zu schaffen, von denen dieses Land und dieses Haus sehr wahrscheinlich wenig haben außer mehr Papier.

Wir hatten schon in der vergangenen Legislaturperiode die Aufblähung der Staatskanzlei kritisiert. Jetzt mischt die Staatskanzlei tatsächlich im Vorfeld aller wichtigen Entscheidungen mit, zieht Entscheidungen an sich. Ob dies zu mehr Effizienz, zur Verbesserung der Beschlußfassung im Kabinetts beiträgt, möchten wir bezweifeln.

(D)

Im Gegenteil: Diese neuen Gremien werden zu mehr Bürokratie führen. Der Prozeß der Entscheidungsfindung - wir beklagen hier ja so oft, daß nicht entschieden wird - wird noch komplizierter. Durch Kabinettsausschüsse wird das Ressortprinzip beeinträchtigt. Auch wenn Kabinettsausschüsse Entscheidungen nur vorbereiten dürfen - würden sie verbindlich beschließen, wäre das eindeutig verfassungswidrig -, haben Ausschußbeschlüsse häufig doch die berühmte De-facto-Wirkung.

Wir Liberale bestehen darauf: Jeder Minister muß für seinen Bereich verantwortlich bleiben, nicht zuletzt uns, dem Parlament, gegenüber. Er hat in seinem Bereich eigene Beschlüsse zu fassen und Entscheidungen zu treffen. Sonst ist er in Wahrheit nur noch eine mit Dienstwagen ausgestattete Marionette der übermächtigen Staatskanzlei.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(A) (Abgeordneter Wickel [F.D.P.])

Das verstößt gegen die Machtverteilung innerhalb der Landesregierung, wie sie die Verfassung eben vorschreibt, und zwar nicht aus Versehen, sondern im Interesse der Verhinderung von Übergewichten. So sieht es die Verfassung vor.

Deshalb wehren wir uns mit Nachdruck dagegen, für diese Umorganisation noch mehr Personal einzustellen. In diesem Hause wissen wir ja auch, welche Beamte von dieser wundersamen Stellenvermehrung profitieren werden; denn es geht ja ausschließlich um die Besetzung von Positionen, die - in Anführungsstrichen - "hochsensibel" sind.

Das Land braucht keine weiteren 139 Parteibuchbeamte. Wir lehnen diesen Teil des Nachtragshaushalts mit aller Entschiedenheit ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt:

Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN darf ich Herrn Dr. Busch das Wort erteilen. Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE):

(B) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister Schleußer, Sie haben vor einigen Monaten die Notwendigkeit dieses Nachtragshaushalts damit begründet, daß die DDR-Hilfe erhebliche finanzielle Auswirkungen habe, die vom Parlament beraten werden müßten. Es ist schon außerordentlich verblüffend und, wie ich finde, auch peinlich für Sie, daß wir jetzt in erster Linie über die drastische Aufblähung des Regierungsapparates und über den erneuten Versuch der Selbstbedienung der etablierten Parteien in diesem Parlament reden müssen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Beides ist skandalös, und beides wird von uns schärfstens abgelehnt.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Sie kassieren doch mit!)

- Stimmen Sie dagegen, dann profitieren wir nicht, genauso wie Sie. Das ist ja wohl das Einfachste von der Welt.

(Lebhafte Zurufe von SPD, CDU und F.D.P.)

(C)

- Machen Sie nicht solch diffamierende Bemerkungen.

Ich komme jetzt zur Sache, nämlich zum Nachtragshaushalt und zur Aufblähung der Staatskanzlei. Sie hat 22 Stellen dazugewonnen. Das neu geschaffene Ministerium für Bauen und Wohnen bekommt 68 Stellen, obwohl die neuen Aufgaben keine anderen sind als die alten.

(Zahlreiche Zurufe von SPD, CDU und F.D.P. - Unruhe)

- Ich würde Sie wirklich bitten, mir jetzt zuzuhören. Wir haben ja nachher Gott sei Dank noch eine Debatte zu dem für Sie und nicht für uns peinlichen Thema der Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale. Deshalb sollten wir jetzt einmal zum Nachtragshaushalt kommen.

(Abgeordneter van Schewick [CDU]: Zwischenrufe gehören doch dazu, oder?)

Ich rede übrigens sehr gern auch zum Thema der Wahlkampfkostenfinanzierung. Nur: Das ist im Moment nicht mein Thema. Einen kleinen Moment noch!

(Abgeordneter Dr. Pohl [CDU]: Sie haben doch mit dem Thema angefangen!)

Also: Der Hof des Sonnenkönigs wird ausgebaut. Das ist eine Erfahrung, die wir in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben. Die Staatskanzlei hat in den letzten fünf Jahren insgesamt 64 Stellen hinzugewonnen, ist also erheblich ausgebaut worden. Das Ministerium für Bauen und Wohnen erhält 68 Stellen. Wofür, weiß kein Mensch. Insgesamt sind es 138 Stellen, die sich die Landesregierung genehmigt hat, obwohl sie draußen im Lande Sparsamkeit predigt. Ich denke, das ist ein Vorgehen, das absolut unakzeptabel ist. (D)

Am wenigstens läßt sich die Bildung des Frauenministeriums dazu mißbrauchen, die Aufblähung des Stellenapparats der Regierung zu rechtfertigen. Die Stellen des Frauenministeriums, das wir sehr begrüßen, weil wir als GRÜNE es immer gefordert haben, hätte man auch durch Umwidmungen bzw. durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation - selbstverständlich nicht der Leute, die auf solchen Stellen saßen - im Ministeriumsbereich schaffen können.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber blauäugig!)

(A) (Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE))

Die besonders üppige Ausstattung der Landesregierung insbesondere mit B-Stellen - also mit besonders wertvollen oder auch Vitamin-B-Stellen, wie sie manchmal draußen im Lande genannt werden - steht in schreiendem Kontrast zu der Ausstattung der DDR-Hilfe. Diese finde ich nämlich beschämend knapp bemessen.

Wir hätten uns zunächst einmal eine wesentliche Aufstockung der Landeszuweisungen für Städtepartnerschaften mit DDR-Kommunen gewünscht. Bisher gab es dort nur 12 Millionen DM, die übrigens nicht vom Land, sondern - das wissen Sie genau - von den Gemeinden finanziert worden sind, und zwar aus dem Ausgleichsstock, der eigentlich den Gemeinden zusteht. Von den 10 Gemeinden - das nur am Rande erwähnt - sind neun SPD-regierte.

Wir hätten es trotzdem für sinnvoll gefunden, wenn diese Städtepartnerschaften ausgebaut worden wären. Angesichts der 500 Millionen DM Steuerermehraufkommen, die hier in den Raum geworfen worden sind - vielleicht ist es etwas mehr, vielleicht etwas weniger -, hätten wir uns das durchaus vorstellen können. Ich finde, die Relation zwischen Steuererhöhungen und DDR-Hilfe spricht für sich.

(B)

Mit 370 Stellen für die DDR-Hilfe, die noch nicht einmal für drei volle Jahre eingerichtet werden, kann der riesige Nachholbedarf der DDR in Sachen Verwaltung wohl kaum abgedeckt werden. Das reicht von der Bauleitplanung über das Verwaltungsverfahren bis zum Steuerrecht und der Steuerfahndung. Alles beginnt am Nullpunkt.

Und ausgerechnet die 100 Stellen für den Aufbau der Finanzverwaltung in der DDR sollen sogar nur für einviertel Jahre eingerichtet werden, obwohl - da müßte man NRW als Vergleichsland zugrunde legen - rund 30 000 Finanzbeamte in der DDR ausgebildet werden müßten.

Wichtiger noch: Sie ziehen zusätzliches Personal aus den Bereichen ab, die auch bei uns unterbesetzt sind. Ein Beispiel ist die Finanzverwaltung. Dort fehlen in NRW rund 4 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allein rund 2 000 Betriebsprüfer und Steuerfahnder.

Herr Minister Schläußer, Sie haben in der letzten Woche meine Frage zu diesem Thema nicht überzeugend beantworten können. Wir wissen, daß jeder zusätzliche Betriebsprüfer in NRW rund 1 Million DM Steuern einbringt.

(C)

(Minister Schläußer: Das ist so nicht richtig!)

Andersherum: Eine Verschärfung der Unterbesetzung wird natürlich unsere Steuereinnahmen verringern.

Es kommt der Verdacht auf, daß NRW die Steuerhinterziehung als Mittel der Wirtschaftsförderung begreift und duldet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der DDR muß es darum gehen zu verhindern, daß sich dort ein steuerrechtsfreier Raum bildet und dadurch die solide Finanzierung staatlicher Ausgaben in der DDR unmöglich gemacht wird.

Nehmen wir das Beispiel der Gewerbeaufsicht: In NRW muß jeder ausgebildete Gewerbeaufsichtsbeamte im Durchschnitt über 500 Betriebe überwachen. In der Regel sitzt er Heerscharen von gut ausgebildeten Ingenieuren und Juristen gegenüber.

Es gibt hier nicht nur ein Vollzugsdefizit in der DDR, sondern gerade auch in NRW.

(Dr. Farthmann (SPD): Wir haben die beste Gewerbeaufsicht der Bundesrepublik; davon haben Sie keine Ahnung!)

Es ist doch offensichtlich, daß diese genannten Aufgaben in der DDR auch in den nächsten Jahren noch in vollem Umfang Gültigkeit haben, also so schnell nicht abgewickelt werden können.

(D)

Deswegen ist der vorgesehene enge zeitliche Rahmen der Befristung sachlich nicht angemessen.

Zur Deckung Ihrer Mehrausgaben verweisen Sie auf drei Quellen: Zum einen korrigieren Sie Ihren überhöhten Ansatz für Zinszahlungen auf das realistische Maß. Ob da wirklich eingespart wurde oder nur stille Reserven zum Vorschein kommen, kann ich heute noch nicht beurteilen. Zum zweiten erleichtern Sie die sogenannte allgemeine Rücklage um 30 Millionen DM.

Dabei frage ich mich natürlich: Wenn denn ein mit über 100 Milliarden DM verschuldetes Bundesland sich noch mit einer Rücklage reichrechnen kann, wie soll das denn begreifbar zu machen sein? 30 Millionen DM Rücklage angesichts 100 Milliarden DM ist ein kleiner Witz - das am Rande.

Sie holen - drittens - plötzlich globale Minderausgaben in beträchtlichem Umfang aus Ihrem Zauberhut, um die Mehrausgaben zu decken.

(A) (Abgeordneter Dr. Busch [GRÜNE])

Konkret: Da Sie versäumt hatten, für die Hilfskräfte an den Universitäten Lohnerhöhungen einzuplanen, mußten Sie nachlegen. Ich denke, daß unsere Kleine Anfrage Ihnen da auch ein klein wenig auf die Sprünge geholfen hat. Sie tun dies aber nun nicht in dem notwendigen Umfang von 15 Millionen DM, sondern nur mit 8,8 Millionen DM.

Außerdem decken Sie diese Lücke noch nicht einmal halbwegs, und Sie reißen neue auf, indem Sie im Personalbereich der Universitäten diese globale Minderausgabe erzielen wollen. Das erscheint mir überhaupt nicht seriös. Wir wissen doch alle, wie angespannt die Personallage an den Universitäten ist. Leider werden wir erst am Jahresende wissen, wo genau Sie zugeschlagen haben. Ich kann nur hoffen, daß Sie dabei auf den Lehr- und Forschungsbetrieb Rücksicht nehmen.

Die Deckungsvorschläge, die wir von den GRÜNEN machen, sehen ganz anders aus: Wir schlagen den Verzicht auf eine Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale vor, die mit 26 Millionen DM teurer wird als die personelle DDR-Hilfe für ein ganzes Jahr. Daß wir diese Selbstbedienung ablehnen, werden wir in der übernächsten Debatte ja noch begründen können.

(B) Wir haben als GRÜNE - das darf ich Ihnen als Landesschatzmeister der GRÜNEN in NRW sagen - einen sehr sparsamen, aber kreativen und letztlich, wie Sie hier ja sehen können, erfolgreichen Landtagswahlkampf geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den würde ich Ihnen zur Nachahmung empfehlen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Fünf Prozent reichen uns nicht!)

Eine Erhöhung der Wahlkampfkostenersatzung ist absolut überflüssig. Im übrigen habe ich von Ihnen noch nicht einmal einen Deckungsvorschlag gesehen, ja noch nicht einmal eine Begründung für diese Erhöhung um 26 Millionen DM.

Ich vermute fast, Ihnen hat das Stöhnen Ihrer Landesschatzmeister ausgereicht. Ich bin gespannt, ob im Haushalts- und Finanzausschuß das Stöhnen der Schatzmeister Beratungsgrundlage für die 26 Millionen DM bleiben wird. Wenn es für Stöhnen Geld gibt, dann will ich mich gerne daran beteiligen, vorausgesetzt, das Geld kann einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden.

(C)

Rückwirkend 10,4 Millionen DM für den vergangenen Wahlkampf einzusetzen, ist wirklich unglaublich. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Ich halte das für absolut rechtswidrig, und wir werden mit allen Mitteln dagegen vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern den Verzicht auf weitere Diätenerhöhungen im Parlament. Obwohl kaum jemand bei uns GRÜNEN solche Nebeneinkünfte hat, wie es bei den anderen Parteien ja gang und gäbe ist, und wir pro Person nochmals bis zu 3 900 DM monatlich von unseren Diäten an den Öko-Fonds abführen, aus dem sinnvolle ökologische und soziale Projekte in NRW finanziert werden, nagen wir als GRÜNEN-Abgeordnete nicht am Hungertuch. So knapp können doch wohl die Diäten nicht bemessen sein.

Wir schlagen den Verzicht auf weitere kostspielige und ökologisch zerstörerische Straßenbauprojekte wie die Rheinquerung der A 44 vor. Wir schlagen die Durchsetzung des Verursacherprinzips in der Umweltpolitik vor. Hier gibt es einen weiten Bereich, der in NRW noch völlig unbearbeitet ist.

Ich empfehle einen Blick nach Baden-Württemberg. Dort gibt es immerhin konkrete Vorstöße in Richtung Umweltafgaben. Auch bei der Sanierung von Altlasten läßt sich sicherlich noch viel machen.

(D)

Wir schlagen den qualifizierten Abbruch der kostspieligen U-Bahn- und Stadtbahnbauten vor und statt dessen eine Konzentration auf den oberirdischen öffentlichen Personennahverkehr. Ich denke, wir haben in der Vergangenheit sehr viele Vorschläge zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs gemacht, und wir werden dies im Zusammenhang mit dem Haushalt 1991 natürlich auch hier im Parlament detailliert darstellen.

Die Einbringung des Nachtragshaushaltes bietet uns die Gelegenheit, unsere Vorstellungen zur Behebung der ärgsten personellen Notstände und Vollzugsdefizite in NRW auf den Tisch zu legen. Dabei denken wir in erster Linie an den Bildungsnotstand, den Mangel an Gewerbeaufsichtsbeamten, den Mangel an Finanzbeamten.

Wir haben den deutlichen Eindruck, daß Sie an der falschen Stelle sparen und damit die Weichen verstellen. Vielleicht können wir GRÜNE in den weiteren Beratungen noch das eine oder andere geradebiegen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

Vizepräsident Schmidt:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Finanzminister Schläußer.

Finanzminister Schläußer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in der vergangenen Woche für die Landesregierung den Nachtragshaushalt eingebracht und dargelegt, daß dieser ein Volumen von 153 Millionen DM hat.

Nun habe ich hier gerade interessante Details zu einzelnen Punkten gehört und auch eine bestimmte Gewichtung mitbekommen.

Da wird beispielsweise zu der Aufstockung des Wohnungsbaues und zu der komplettierenden Beifügung von Landesmitteln gesagt, man habe das nicht feststellen können. Mein Kollege Trinius hat bereits darauf hingewiesen, wie sehr wir Wohnungsbau als Landesaufgabe sehen und daß von den 2 735 Millionen DM, die inklusive des Nachtrags zur Verfügung stehen, allein 2,15 Milliarden DM aus Landesmitteln, aus Haushaltsmitteln und dem Landeswohnungsbauvermögen, erwirtschaftet werden. Das gilt auch für den Antrag. Jede Mark des Bundes, Herr Kollege Schauerte, ist durch Landesmittel komplettiert worden. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

(B)

Wohnungsbau, Unterbringung von Aussiedlern und Asylsuchenden! Es wurde bereits bei der Einbringung gesagt, daß das nochmals ein Mehr von 60 Millionen DM ist, und ich hatte dargelegt, daß in Nordrhein-Westfalen seit Ende 1988 insgesamt 650 Millionen DM aufgebracht wurden - jetzt mit dem Nachtrag. Ich bitte Sie, das doch zur Kenntnis zu nehmen, wenn es um weitere Forderungen geht.

Dann gibt es da die studentischen Hilfskräfte. Die sind für die Zeitdauer, Herr Kollege Dr. Busch, so finanziert, wie das durch Regelungen, durch tarifvertragliche Vereinbarungen notwendig ist. Das heißt, daß die höheren Dotierungen in diesem Bereich nicht durch Personalabbau erwirtschaftet werden müssen; sie werden vielmehr durch zufließende Mittel ergänzt. Das wiederum bedeutet, daß wir in voller Höhe das erhalten, was dort notwendig ist.

Über DDR-Hilfen möchte ich mich gleich noch gesondert äußern, weil ja interessant ist, wie es dort eine Vermehrung gibt, was da die Positionen

angeht, wie es dort Veränderungen gibt, wie da verfälscht und verdreht wird.

Ich habe genannt, was die Umorganisation der Landesregierung bedeutet.

Wenn ich jetzt die Punkte jeweils nebeneinanderstelle, so sind Wohnungsbau, Aussiedler, studentische Hilfskräfte und DDR-Hilfe gleich 98 % des Volumens des Nachtrags, und über diese 98 % wird kaum geredet. Es wird vielmehr davon gesprochen, welche Mehraufwendungen für die Landesregierung notwendig sind.

Es hat eine Regierungserklärung gegeben, in der der Herr Ministerpräsident zu jedem einzelnen Punkt der Umorganisation der Landesregierung Stellung genommen hat. Es wäre ja auch gestern in den viermal 90 Minuten möglich gewesen, ein wenig nachzufragen, ob man denn diese Neuorganisation für notwendig hält oder nicht. Das ist etwas zu kurz gekommen.

Herr Kollege Schauerte, Sie haben das gestern bereits versucht; da waren Ihnen Verdrehungen wichtiger als Faktenwahrnehmung.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Einspruch!)

Politisch dargelegt ist das durch den Herrn Ministerpräsidenten. Ich will es nur ergänzen, ergänzen insoweit, als es die Kosten der politischen Führung angeht. Da muß ich Ihnen sagen, daß Nordrhein-Westfalen mit weitem Abstand von allen Bundesländern, im Quervergleich, den niedrigsten Aufwand für die politische Führung hat. Da will ich nicht gerade das Saarland nennen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Pro Kopf!)

- Pro Kopf, natürlich!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das ist doch selbstverständlich!)

- Was ist da selbstverständlich?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Je größer das Land, desto geringer die Kosten der Administration pro Kopf!)

- Natürlich! Ich nenne Ihnen ja auch nicht das Saarland, nenne Ihnen nicht die Stadtstaaten. Das alles lasse ich weg. Ich nenne Ihnen ein Land, das uns hinsichtlich der Größe am nächsten ist: Bayern. Das bedeutet: Man kann davon ausgehen, daß die Strukturen, die ein großes Land bedeutet, auch

(A) (Minister Schleißer)

dort erfüllt sind. Da sage ich Ihnen: Hätten wir ähnliche Kosten für die politische Führung wie in Bayern, dann wären im Haushalt des Landes etwa 150 Millionen DM mehr ausgewiesen. Das wollen wir nicht; wir wollen nach wie vor die Sparsamsten sein, und das bleiben wir - trotz dieser Veränderung.

Mein Kollege Trinius hat das eben bereits dargelegt: daß ausgerechnet die Vorwürfe von denjenigen kommen, die politisch mit dafür verantwortlich sind, daß es in Bonn das größte Bundeskabinett aller Zeiten gibt, daß beispielsweise der Chef des Bundespresseamtes nicht mehr als Staatssekretär zu agieren in der Lage ist, sondern daß es ein Minister sein muß! Es ist viele Jahrzehnte her, daß ein Minister für die Überbringung von Mitteilungen der Bundesregierung zuständig war. Und wenn man dann die Inflation an Staatssekretären gerade im Bund sieht, ist das genauso beeindruckend.

Es ist dargelegt worden, daß viele Länder auf veränderte Aufgaben ähnlich reagiert haben, wie das hier in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Jetzt wende ich mich ganz persönlich an Sie, Herr Kollege Schauerte.

(B) Man kann unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob eine Neuorganisation richtig ist, ob sie einen bestimmten Umfang haben muß. Daß die Opposition andere Positionen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Landesregierung hat, ist für mich nicht in Frage zu stellen; das hatte ich fast für normal. Wenn man dann allerdings so weit geht, Herr Kollege Schauerte, ehemalige Kollegen oder überhaupt Menschen derart diskriminierend hier anzugreifen, dann sind da Grenzen zu setzen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Denn Sie haben es fast dargestellt, als ginge es darum, Sozialfallösungen zu treffen.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Das ist Unsinn. Das wissen Sie genausogut wie alle hier im Raume. Sie versuchen da etwas in der Öffentlichkeit darzustellen. Dazu sage ich: Das ist miese, Herr Kollege Schauerte.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Uns geht es darum, die Funktionsfähigkeit eines neuen Ministeriums sicherzustellen.

(C)

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Daran haben wir uns gehalten. Wir haben nach Recht und Gesetz gehandelt. Das werden wir weiter tun.

Ich will noch etwas hinzufügen. Der Nachtragshaushalt ist aufgeteilt zwischen dem, was neu eingebracht wird, und er hat für das Parlament nachvollziehbar aufgelistet, was an Umsetzungen notwendig war. Ich habe den Eindruck, daß viele nur bis zu den ersten Seiten dieser Information der Landesregierung an das Parlament gekommen sind, daß sie nicht mehr wahrgenommen haben, daß beispielsweise über 6 700 Stellen in den Häusern umgesetzt worden sind - bedingt durch die Neuorganisation -, daß 2,8 Milliarden DM Ausgaben und 1,9 Milliarden DM Einnahmen umgesetzt worden sind und daß wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von fast 700 000 DM umgesetzt haben. Wäre der Kollege Schauerte bis zu dieser Information der Landesregierung gekommen, dann hätte er auch festgestellt, daß es im Bereich des Wirtschaftsministers nicht ein Mehr gibt, sondern, bedingt durch die Umsetzungen, erheblich weniger, auch weniger an Personal. Komplette bitte die Informationen nennen und bitte nicht verkürzen, weil das keinen Sinn macht!

Ich hatte eben bereits gesagt: Mir liegt daran, auch einmal die Entwicklung der Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen an die DDR sauber und nachvollziehbar darzustellen. Ich greife in diesem Zusammenhang auf, daß Sie sagen, wir verdienten an der Wiedervereinigung. Ich sage Ihnen dazu die Position der Landesregierung.

(D)

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.] (zum Abgeordneten Schauerte): Das ist ein ganz schlimmer Vorwurf!)

- Das kann ich Ihnen nur bestätigen, Kollege Dorn.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es stimmt aber, Herr Dorn! - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Dummes Zeug ist das! - Widerspruch des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege Schauerte: Die Position der Landesregierung in allen Verhandlungen mit dem Bund, vom Bund unstreitig anerkannt - insoweit legen Sie hier noch ein wenig zu -, ist: Alles, was in der DDR und durch die DDR entsteht, ist keine Verfügungsmasse für die jetzigen Länder der Bundesrepublik und auch nicht für die Bundesregierung. Das ist durchgängige Position der Finanzminister aller Länder gewesen, und ich

(A) (Minister Schleißer)

bin gern bereit, auch meine Kollegen aus den CDU-geführten Ländern hier mit in Schutz zu nehmen, weil es insoweit keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hat und auch nicht geben wird.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch am Thema vorbei!)

- Nein, das ist nicht am Thema vorbei. Das trägt zur Klarheit bei und spricht gegen Ihre Diffamierungen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Nordrhein-Westfalen für die DDR tut, ist beispielhaft. Dies gilt sowohl für die absoluten als auch für die prozentualen Leistungen. Sie werden kein Land finden, das in der DDR bis heute schon und auch in der Zukunft ähnlich hilft.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Denken Sie nur an Hessen! Das ist doch falsch, was Sie sagen!)

- Nein, Herr Kollege Schauerte. Sie müßten den grenznahen Bereich in Hessen mitberücksichtigen, das, was auf hessischem Gebiet geschieht. Aber wir müßten uns nicht darüber streiten: Fahren Sie nach Brandenburg.

(B) (Abgeordneter Büssow [SPD]: Der weiß gar nicht, wo das liegt!)

reden Sie dort mit den Verantwortlichen, und dann werden Sie bestätigt bekommen, welche Ausnahmeposition Nordrhein-Westfalen gerade in der Hilfe einnimmt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nur in Brandenburg!)

Sie haben gestern abgewinkt, als Kollege Trinius - er war es wohl - den Kreditbürgschaftsrahmen von 1 Milliarde DM dargestellt hat: Das wäre doch wohl nichts.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was ist davon in Anspruch genommen?)

- Soll ich es Ihnen sagen? Wir haben die neuesten Berichte der Treuarbeit vorliegen; eine Information an den Haushalts- und Finanzausschuß ist auf dem Weg. Von dieser einen Milliarde sind über 660 Millionen DM durch vorliegende und vorerörtere in der Zwischenzeit belegt. Das zeigt, daß wir an den richtigen Punkten helfen und unterstützen, daß es ein Miteinander gibt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn über die DDR geredet wird, dann wird auch die Finanzierung dargestellt. Sie haben das gestern gemacht, und Sie haben das heute versucht. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie sich dabei von Rede zu Rede die Summen entwickeln, wie sie größer und gewichtiger werden.

Die ersten Erfahrungen habe ich im Landtagswahlkampf gemacht. Da ist der damalige Kandidat Blüm gefragt worden, wie er eigentlich das vorgelegte Wahlkampfprogramm und die weiteren Hilfen für die DDR finanzieren wolle. Da kam er auf 5 Milliarden DM Steuermehreinnahmen pro Jahr, mit denen die Mehrausgaben durch das CDU-Landeswahlprogramm finanzierbar seien. Ich kann Ihnen Ihr eigenes Programm gern zur Verfügung stellen, wenn Sie es abgelegt haben sollten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: So simpel sind wir nicht! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Offensichtlich nicht ganz so gut. Herr Kollege Linssen, dann sind Sie am 10. August in "Blickpunkt Düsseldorf" gewesen und haben sich dort über Ihre Zielvorstellung als Oppositionspartei unterhalten.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: War rührend!)

Sie sind auch wieder danach gefragt worden, wie Sie das alles zu finanzieren gedenken. Da sind Sie auf ein Plus der Steuereinnahmen von 13,5 Milliarden DM gekommen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das haben wir gern gehört!)

Das ist ja schon einmal beeindruckend. Gestern und heute hat nun Herr Schauerte von Steuerzuwächsen von 32 Milliarden DM gesprochen.

Wenn man diese Zahlen, die aus einer Richtung kommen, vergleicht, muß man fragen, was da eigentlich eine Rolle spielt. Der Finanzminister kann sich an diesem Wettkampf der Steigerungsraten des Haushalts nicht beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß mich an Tatsachen und Fakten orientieren. Da möchte ich gerne einen Satz aufgreifen, der in dieser Woche schon einmal gefallen ist und der von Ihrem Landesvorsitzenden stammt. Er lautet: Wer schon Fakten verdreht, sollte sie vorher wenigstens

(C)

(D)

(A) (Minister Schläußer)

zur Kenntnis genommen haben. Ich glaube, das hat er deutlich mit Blick auf den Abgeordneten Schauerte gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Mit mir können Sie ja reden: Ich schätze die Steuereinnahmen des Jahres 1990 günstiger ein, als wir sie zu Beginn des Jahres in der Lage waren einzuschätzen. Hören Sie aber bitte weiter zu: Nur ist diese günstige Entwicklung weitgehend auf Sondereinflüsse zurückzuführen. Wir haben gegenüber 1989 an einmaligen, nicht - zumindest nicht in dieser Größenordnung - wiederkehrenden Steuereinnahmen - es waren Einzelfälle, weil Streit zwischen den Ländern beendet worden ist und gezahlt wird, beispielsweise bei der Zerlegung von Körperschaftsteuern - ein Mehr von fast 1,2 Milliarden DM - damit Sie es richtig notieren: durch Sondereinflüsse - in den ersten sieben Monaten des Jahres 1990. Hätten wir diese Sondereinnahmen nicht gehabt, hätte es einen Rückgang der Steuereinnahmen um 1,5 % gegenüber 1989 gegeben.

Die Steuerschätzungen - das ist richtig - gehen von höheren Ansätzen aus, als in unserer mittelfristigen Finanzplanung stehen. Aber ich bitte Sie, sich mit mir zu erinnern, welche Vorsicht gerade bei mittelfristigen Steuerschätzungen angebracht ist, weil diese Steuerschätzungen in wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklungsphasen sehr leicht falsch geraten. Ich denke an die 80er Jahre. Es war

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Katastrophal!)

- Herr Kollege Schauerte, auch hier eine Aufbesserung Ihres Gedächtnisses - 1982 nicht zu Ende. Es hat sich in 1983, 84 und sogar 85 fortgesetzt. Soviel nur, weil Sie das eben mit bestimmten Bundeskanzleramtszeiten in Einklang zu bringen versuchten. Das ist falsch.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber die Höhepunkte kennen Sie?)

Ich sage Ihnen nur: Die Defizite gegenüber der Steuerschätzung haben allein im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 24 Milliarden DM Mindereinnahmen ausgemacht.

Präsidentin Friebe:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Linssen?

(C)

(Minister Schläußer: Aber sicher!)

- Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU):

Herr Minister, selbst wenn wir einig gehen in der Beurteilung, daß wir mit der Brille des sorgfältigen Kaufmanns solche Schätzungen machen müssen, würden Sie dennoch die Freundlichkeit besitzen, dem Hause einmal vorzutragen, von welchen Steuereinnahmen Sie für die Jahre 1991 bis 1994 ausgehen? Dann können wir immer noch einen Abschlag vornehmen bei unterschiedlicher Beurteilung der Konjunkturentwicklung.

Finanzminister Schläußer:

Herr Kollegen Linssen, ich bin gerne dazu bereit. Nur ich sage Ihnen auch: Mit Steuereinnahmen, die geschätzt werden, sind keine Haushalte zu finanzieren. Nur mit Steuereinnahmen, die verbucht sind, kann man Haushalte finanzieren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Herr Kollege Linssen, ich bin gerne bereit, auf Ihre Frage zurückzukommen. Ich halte diesbezüglich die von Ihnen am 10. August genannte Zahl für nicht so abwegig wie andere Zahlen. Also: ein Mehr - nach der Schätzung, nicht nach den tatsächlichen Einnahmen - von etwa 13,5 Milliarden DM, ein Zuwachs in dieser Größenordnung. Das sage ich Ihnen nur, wenn Sie das darstellen.

(D)

Wenn Sie aber - jetzt kommt der eigentliche Faktor - dabei bedenken, welcher Anteil automatisch an die Gemeinden fließt!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Den hatte ich abgesetzt: 16,8 Milliarden minus 23 %!)

- Dann kann ich Ihnen die Zahl nicht bestätigen. Ich bin von 13,5 Milliarden DM als globale Summe ausgegangen. Wenn Sie den Anteil der Gemeinden abrechnen, wenn Sie den öffentlichen Dienst und die Nachschlagszahlung berücksichtigen, die seit Anfang des Jahres 1990 eine Rolle spielt - selbst, wenn sich der öffentliche Dienst an der unteren Skala der Entwicklung bewegen würde, was aber noch niemand vorhersagen kann -, dann bleibt von dem Zugewinn, der dort verzeichnet ist, Null DM über. Über diesen Weg gibt es somit kaum noch Möglichkeiten, von neuen Programmen zu reden,

(A) (Minister Schleißer)

ob das die Polizei, die Lehrer, die Kindergärten oder eine massive Ausdehnung des Wohnungsbaus betrifft. Wir müssen da zu anderen Entscheidungen kommen. Was mich am meisten wundert - Sie müssen mir schon erklären, wie das unter einen Hut zu bekommen ist -, ist, wie Sie die Finanzierung durchführen wollen, wenn Sie die DDR-Leistungen aufstocken wollen und wenn Sie für den Verlauf der Legislaturperiode gleichzeitig zu einer Nettoneuverschuldung von Null DM gelangen wollen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das können wir schön gegeneinanderstellen!)

- Das läßt sich nicht mit Rechnungen belegen, Herr Kollege Linssen, das ist nur Glauben. Und das ist mir zuwenig.

(Beifall bei der SPD)

Fonds "Deutsche Einheit" und Kosten im Zusammenhang mit der DDR! Ich finde beeindruckend, wie hier verdreht, vermischt, verfälscht wird. Hier sind sehr unterschiedliche Zeiten genannt worden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das hat Rau in seiner Regierungserklärung getan!)

(B)

- Herr Kollege Schauerte, ich wollte Ihnen das für künftige Aussagen noch einmal richtig darstellen. - Bis zum 15. Mai galt als Position des Bundesfinanzministers, daß die Länder an den Kosten für die DDR über einen Sonderansatz bei der Umsatzsteuer in einer Größenordnung von etwa 14,5 % zu beteiligen sind. 14,5 % - das ist eine Umverteilung der Umsatzsteuer zugunsten des Bundes von zunächst einmal etwa 20 Milliarden DM gewesen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Zugunsten der DDR!)

- Das sollte in den Bundeshaushalt einfließen. Ob das in der DDR verwandt wird, darüber hätten wir zusätzlich noch reden können. Er hat es abgelehnt, die Länder an der Ausgabengestaltung dieses Fonds zur damaligen Zeit zu beteiligen. Das wollten wir, wenn die Anteile nur im Bundeshaushalt stehen. Bis zum 15. Mai wäre das eine Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Gemeinden von 5,5 Milliarden DM gewesen.

Wir haben dazu gesagt: Das geht nicht; das ist nicht zu vertreten, und das ist unseren Bürgern nicht zuzumuten. Wir haben es abgelehnt. Nicht nur der nordrhein-westfälische Finanzminister hat abgelehnt. Das war eine gleichlautende Buchung in

(C)

allen Bundesländern. Ich kann Ihnen die Anträge meiner damaligen Kollegin Breuel, meines Kollegen Tandler und anderer in dieser Frage zeigen. Es hat sich eine einheitliche Position herauskristallisiert, daß ein solcher Weg nicht denkbar ist.

Dann haben wir uns, nachdem die Kosten der deutschen Einheit angeblich zusammengefunden waren, auf den "Fonds deutsche Einheit" verständigt - einmütig als abschließende Regelung der Bundesländer an der Beteiligung.

Jetzt müssen Sie auch wieder zuhören. Alle Landesfinanzminister haben gefragt: Ob das, was durch den Bund dargestellt ist, wohl ausreicht? - Da hatten wir unsere Zweifel, ob man mit 115 Milliarden DM die staatlich entstehenden Defizite abdecken kann. Es haben alle gesagt, daß sie ihre Zweifel hätten. Unsere damalige Aussage war als Schwarzseherei und Pessimismus in den Verhandlungen weggewischt worden.

Ich muß auch hinzufügen, daß die Rechnungen, die wir zu den 115 Milliarden DM angestellt haben, korrekt waren. Man kann nämlich das Ergebnis ziemlich genau berechnen.

Was falsch war, was politisch geschönt war, das waren die Grundlagen dieser Berechnung. Wir sind von Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen ausgegangen, die mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hatten. Wir hatten damals unsere Fragezeichen. Wir sind von Kosten des Krankenversicherungssystems ausgegangen, die mit der Wirklichkeit von heute überhaupt nichts zu tun haben. Da ist also nach unten gedrückt worden. Was auf der anderen Seite die Steuereinnahmen angeht, da ist kräftig nach oben gedrückt worden. Ich glaube, daß die Eingeweihten damals schon wußten, daß es nicht möglich war, eine solche Steuerentwicklung in der DDR darzustellen.

(D)

Und was in dieser Berechnung am meisten daneben gegangen ist: Die Treuhand sollte sehr schnell und kurzfristig verkaufen. Sie sollte Milliarden Gewinne innerhalb weniger Jahre zur Abdeckung des Defizites der staatlichen Haushalte erzielen. Sehen Sie sich an, wie die Verkaufssummen dort sind und welche Ergebnisse die Verkäufe bringen.

Ich wiederhole hier noch einmal, und das ist auch in den letzten Gesprächen, die wir mit dem Bundesfinanzminister hatten, deutlich geworden: Es geht nicht nur um die Beteiligung der Länder am Verwaltungsaufbau der DDR. Das ist eine Aufgabe, die wir uns nicht nehmen lassen und wo wir ggf.

(A) (Minister Schleißer)

verstärken müssen, wenn wir das sehen. Es sind beispielsweise nicht 100 Finanzbeamte in der DDR, sondern 200. Wir brauchen wegen der Rotation nur planstellenmäßig diese Anzahl. Das ist Länderaufgabe, und die Länder wollen sich nichts ersetzen lassen.

Stellen Sie sich vor, Kollege Schauerte, die Finanzminister haben abgelehnt, als der Bund dem Justizministern ein Angebot unterbreitet hatte, da noch ein bißchen mitzufinanzieren. Sie haben gesagt: Das ist Länderaufgabe, und die haben die Länder zu erfüllen.

Präsidentin Friebe:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Busch von der Fraktion DIE GRÜNEN?

(Minister Schleißer: Ja.)

- Bitte schön, Herr Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE):

Herr Minister! Könnten Sie, bevor Sie Ihren Beitrag abschließen, noch einmal zu der geforderten Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung und der Begründung hierfür Stellung nehmen und insbesondere noch einmal sagen, ob Sie es für rechtmäßig halten, daß davon 10,4 Millionen DM rückwirkend erstattet werden sollen?

Finanzminister Schleißer:

Herr Kollege Dr. Busch! Ich habe den Nachtragshaushalt der Landesregierung zu vertreten. Ich finde eine solche Position nicht im Nachtragshaushalt der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Busch [GRÜNE]: Ist das kein Problem für Sie?)

- Ich bin ja bereit zu diskutieren, aber jetzt vertrete ich die Landesregierung. Ich setze mich gleich neben Sie auf die Bank und kann dann die Position als Abgeordneter vertreten. Ich sage Ihnen nur, dies ist kein Bestandteil des Entwurfes des Nachtrags der Landesregierung.

Ich möchte mit dem Thema DDR weitermachen. Herr Kollege Schauerte, es ist für uns neben den Positionen Fonds "Deutsche Einheit" und Verwal-

(C)

tungsaufbau auf allen Ebenen in den Ländern unstrittig, daß wir uns an der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der DDR beteiligen. Nur geht es darum, wie denn die Gewichtungen sind. Alle Finanzminister halten es nicht für so gut, daß sie aus ihren 35%-Anteilen kräftig einen neuen Transferweg eröffnen und der Bund mit seinem 65%-Anteil überhaupt nicht daran denkt, sich zu bewegen. Bei diesen Verhandlungen müssen wir gemeinsam einen Weg gehen. Ich hörte heute morgen von den weitergeführten Gesprächen und daß es offensichtlich Möglichkeiten gibt, sich zu bewegen.

Präsidentin Friebe:

Herr Dr. Busch möchte noch eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

(Minister Schleißer: Ich sehe nur gerade, daß die Redezeit zu Ende ist.)

- Das ist richtig.

Finanzminister Schleißer:

Dann wird das etwas schwierig.

Lassen Sie mich nur noch wenige Sätze sagen. Berlinförderung hatten Sie angesprochen. Herr Kollege Schauerte! Von den Ländern gefordert, ist der Bund - und das ist Bestandteil vom 17. Mai - verpflichtet, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf einzubringen, in den ein sehr schneller Abbau der Zonenrandförderung und der Berlinförderung aufzunehmen ist. Der Bund ist per Vereinbarung auf Förderung der Länder verpflichtet. Ich will weiter nichts zur finanzpolitischen Kompetenz der CDU sagen, empfehle Ihnen vielmehr, Ihren Kollegen Biedenkopf zu fragen, was er dazu meint.

Abschließend möchte ich festhalten: Wir sind heute an einem Punkt, bei dem es im Zusammenhang mit der DDR nur noch drei Möglichkeiten gibt. Entweder nehmen wir eine dramatische weitere Verschuldung der öffentlichen Hand hin - das, was sich abzeichnet, ist bedrückend, auch was die Zinsentwicklung angeht. Wenn wir das nicht wollen, gibt es den anderen Weg der drastischen Einschnitte in bisherige Leistungen, gleichgültig auf welcher Ebene. Oder es geht um Einnahmeverbesserungen. Aber zu irgend etwas muß man sich entscheiden und nicht den Irrglauben vom Beginn gelten lassen, daß sich alles schon von selbst regelt und es keiner Belastungen bedarf. - Herzlichen Dank.

(D)

(A) (Minister Schläußer)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe:

Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Schumann. - Wollten Sie nicht?

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Ich wollte gerade fragen, wieviel Zeit ich habe.)

- Das kann ich Ihnen sagen: 3 Minuten.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE):

Sehr verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt: Der Minister findet 26 Millionen DM für Parteien-Selbstbedienung kein Problem.

Aber im Nachtragshaushalt finden wir nichts zum Schulbereich. Da beklagen wir folgende Situation:

Seit Jahren hat der politisch verantwortliche Minister nicht die Kraft aufgebracht, die Lehrerbedarfsrechnung den tatsächlichen Schulrealitäten anzupassen. Deshalb haben wir angeblich zu viele Lehrer, obwohl wir viel zu wenige haben.

(B) Grotesk genug hat sich dieser Minister gegen die Initiative aus der eigenen SPD-Fraktion vor der Sommerpause massiv gewehrt, neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen - Hand in Hand mit dem Finanzminister; ich finde, sie sollten zusammensitzen.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

Er hat sich damit so in Zugzwang gesetzt, daß er den Regierungspräsidenten Düsseldorf öffentlich rügen mußte, nur weil dieser seine Pflicht tat und meldete, daß die Hauptschulen in seinem Bezirk nicht in der Lage seien, in der vorgeschriebenen Höhe Lehrer und Lehrerinnen an die Grundschulen abzugeben.

Um noch eines draufzutun, um von seinem eigenen Versagen abzulenken, hat der Minister sich daran beteiligt, den Lehrern und Lehrerinnen den Schwarzen Peter zuzuschieben und sie zu Sündenböcken für den Unterrichtsausfall zu machen.

Auf diesem Hintergrund finden wir es allerdings nur selbstverständlich, daß wir einen ehrlichen Haus-

halt 1991 erstellen, auf einer ehrlichen Grundlage. Wir finden es zweitens selbstverständlich, einen Nachtragshaushalt einzurichten, der, ohne die jetzige, falsche Berechnungssystematik des Kultusministers in Frage zu stellen, notwendige Korrekturen an den Schwachstellen vornimmt, die der Kultusminister selbst festgestellt hat.

Diese Schwachstellen sind folgende: Erstens ist die Lehrerreserve von 4 % für Krankheit viel zu wenig. Mindestens 6,9 %, sagte der Kultusminister, bräuchte er. Das bedeutet ein Minus von 4 800 Stellen.

Die zweite Schwachstelle: Die gestiegenen und weiter steigenden Schülerzahlen besonders im Grundschulbereich können nicht mehr durch das Versetzungskarussell behoben werden. Sie können doch nicht Lehrer aus den berufsbildenden Schulen an den Grundschulen einstellen! Die Regierungspräsidenten haben sich dazu auch einschlägig geäußert.

Wir GRÜNEN werden Vorschläge zu Neueinstellungen im Nachtragshaushalt machen und sie in die konkreten Fachberatungen einbringen. Wir fordern Sie wirklich dringend auf, sich auch an diesen Überlegungen zu beteiligen, wie im Nachtragshaushalt - in einem kleinen Umfang wohlgerneht - die richtigen Signale in Richtung Lehrer und Lehrerinnen, Eltern, Schüler und Schülerinnen in Nordrhein-Westfalen gesetzt werden können.

Zu den Deckungsvorschlägen, die mein Kollege vorgetragen hat, möchte ich folgenden hinzufügen: Durch maßvolle Tarifabschlüsse von 1988 haben die Lehrer und Lehrerinnen in diesem Land die Neueinstellung von 5 000 Lehrern und Lehrerinnen jährlich vorfinanziert.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Minister Schläußer: Rund 3 600!)

Ich möchte das in Erinnerung bringen, wenn Sie gleich wieder sagen: "Wer soll das bezahlen?"

Im übrigen, denke ich, haben Sie keine Probleme, sich Ihre Diäten zu erhöhen. Sie wollen sich die Wahlkampfkostenrückerstattung - ich sage dazu: Selbstbedienung - genehmigen. Wer sich hier das Geld selber zuschiebt und sagt, er könne im Schulbereich nichts tun, ist vollkommen unglaubwürdig, und er verdient es eigentlich nicht, die Bildungspolitik in diesem Lande weiter zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

(D)

(A)

Präsidentin Friebel:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort. Auch Sie haben noch drei Minuten, Herr Kollege.

Abgeordneter Schauerte* (CDU):

Die drei Minuten, Frau Präsidentin, geben mir nur die Möglichkeit, noch auf zwei Dinge hinzuweisen.

Der erste Punkt ist der Wohnungsbau. Ich zitiere die Regierungserklärung von Johannes Rau 1985:

Die Infrastruktur des Landes ist gut. Wichtiger als Neubau sind jetzt Erhaltung und Erneuerung. Das gilt vor allem für Straßen und Wohnungen.

Also: Nicht Neubau, sondern umschichten und erhalten.

Finanzminister Posser zum Haushalt 1988:

Die Rückführung der staatlichen Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen vernachlässigt keine objektiven Bedürfnisse. Wohnungsbauförderung ist eine klassische Aufgabe der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus. Diese Aufgabe ist heute im wesentlichen geleistet.

(B)

Danach hat sich die SPD-Landesregierung gerichtet. Nun stellen sich die Sozialdemokraten hin und sagen: Bonn hat bei der Wohnungsbaupolitik versagt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich komme zum zweiten Punkt. Das sind die Zahlen, die Sie angesprochen haben: die Steuerschätzung und die Kosten der deutschen Einheit.

Ich bleibe dabei, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Steuerkassen des Landes und in der Wirtschaft des Landes mehr Vorteile aus der Entwicklung der deutschen Wiedervereinigung entstanden sind als Nachteile. Ich prognostiziere mit Ihnen, daß es noch zu Belastungen kommen wird. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu dem Sie alle schon klagen, stehen wir uns besser, als wir ohne diesen Prozeß gestanden hätten.

Ich begrüße ausdrücklich, daß bei den Bürgschaften ein nennenswerter Abfluß stattgefunden hat. Es war ja eine ursprüngliche Idee der CDU, die Sie dann mit einer Milliarde DM aufgegriffen haben.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben als erste gefordert, Bürgschaftsrahmen für solche Programme zur Verfügung zu stellen. Die Geschichte zeigt das, Herr Schleißer. Ich begrüße das ausdrücklich; wir sind gar nicht im Streit.

Aber jetzt noch einmal zu den Zahlen, die Sie als zwischen Herrn Linssen und mir unterschiedlich darstellen! Wir stützen uns - Dr. Linssen genauso wie Hartmut Schauerte - auf die Steuerschätzung der Sachverständigen von Mai 1990. In den letzten drei, vier Jahren haben wir, wenn wir einen Wettbewerb durchführen müßten, wer bei der Schätzung richtig gelegen hat, immer die Nase vorn gehabt. Sie haben mit Ihren Schätzungen daneben gelegen, wir haben richtig gelegen. Ich traue mir eine gewisse Prognosesicherheit zu.

Nach dieser Steuerschätzung nehmen wir 1990 52,9 Milliarden DM und 1994 69,8 Milliarden DM ein. Totale Einnahme in einem Jahr! Das heißt, wir nehmen 1994 16,9 Milliarden DM mehr ein als im Jahre 1990. Das kann jeder nachrechnen. Von diesen 16,9 Milliarden DM mehr nur im Jahre 1994 hat Herr Dr. Linssen den Gemeindeanteil heruntergerechnet und ist auf seine Zahl 13,4 Milliarden DM gekommen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: So ist es.)

Ich habe Ihnen gestern eine Zahl genannt, die genau so zulässig ist. Nehmen wir einmal an, wir bleiben bei 52,9 Milliarden DM in all den vier Jahren, und nehmen wir einmal die addierten Zuwächse in diesen vier Jahren. Dann die 1,9 Milliarden DM sind ja auch ein addierter Endbetrag; es sind ja nicht Jahresbeträge. Ich muß die 1,9 Milliarden ins Verhältnis zu den dann 32 Milliarden setzen, die sich aus dieser richtigen Rechnung ergeben. Da ist auch der Gemeindeanteil abgezogen.

(D)

(Lachen des Ministers Schleißer)

Die Zahlen sind absolut stimmig, identisch und richtig. Es ist ein Vorwurf an den Finanzminister zu machen, daß er die Gelegenheit nicht genutzt hat - wie das jeder vernünftige Minister tut -, beim Nachtragshaushalt auch eine Steuerschätzung einzubringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hat der Bundesfinanzminister getan. Er hat dem Parlament gesagt, wie er denn nun besten Wissens und Gewissens die Steuereinnahmen einschätzt.

(A) Abgeordneter Schauerte (CDU)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Er hat seinen Haushalt zurückgezogen!)

Und das verweigern Sie diesem Parlament permanent und behindern uns deswegen bei der politischen Gestaltung der Zukunft dieses Landes. Der Bundesfinanzminister hat die Steuerschätzung von Mai 1990 in seine Betrachtungen eingebracht, und Sie ignorieren sie einfach! Das ist es nämlich: klagen ohne zu leiden, nur die halbe Wahrheit sagen und dann andere beschimpfen, sie operierten mit falschen Zahlen.

Präsidentin Friebe:

Herr Kollege Schauerte, letzter Satz!

Abgeordneter Schauerte* (CDU):

Letzter Satz. - Wir werden Sie in den nachgängigen Beratungen auch in diesem Parlament zwingen, die Daten der Schätzung auf den Tisch zu legen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie es wirklich ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Trinius [SPD]: Der hat den Haushalt zurückgezogen, der Bundesfinanzminister!)

(B) Präsidentin Friebe:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Schumacher das Wort. Sie dürfen noch neun Minuten sprechen, wenn Sie wollen. Sie müssen es aber nicht.

Abgeordneter Schumacher (Remscheid) (SPD):

Vielen Dank für den freundlichen Hinweis, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren, ich habe einige Anmerkungen zu einigen Beiträgen zu machen, zuerst einmal zu dem Wort von Herrn Schauerte von dem Verdienen an der deutschen Einheit und dem dauernden Diskutieren darüber, was sie uns kostet und wer von uns, welche Gebietskörperschaft, sie bezahlt. Ich will Ihnen einmal sagen: Die deutsche Einheit ist nicht der Zusammenschluß zweier Konzerne gewesen, sie ist auch nicht die Übernahme eines maroden Betriebs durch einen gesunden, sondern die deutsche Einheit ist, daß deutsche Menschen in einem Staat in Recht und Freiheit leben können.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß das uns alle etwas kosten wird. Zugegeben: Die Lösung, die dieses Land, die Herr Minister Schleißer im Fonds "Deutsche Einheit" mit dem Bund erreicht hat, ist für uns eine relativ günstige Lösung. Ich sage das hier. Nur wissen wir alle, daß das so oder so leider nicht das letzte Wort hinsichtlich der Belastung der Bundesbürger durch Verzicht, von dem wir aber wissen, daß wir ihn leisten können, sein wird. Ich frage Sie: Wenn Sie jetzt aufrechnen, unser Land ist zu gut weggekommen, wir müssen etwas drauflegen, dazu aber keinen Antrag stellen, sondern generell sagen, der Finanzminister hat zu gut für uns ausgehandelt, was tun Sie dann anderes, als die Position dieses Landes zu schwächen? Ich meine, so kann man nicht verfahren.

Bedenken Sie noch eines: Die Belastungen und Lasten - die wir nicht beklagen - sind festgeschrieben. Sie rechnen fiktive Steuereinnahmen und Steuermehreinnahmen dagegen. Wissen Sie denn so genau, ob diese Annahmen eintreffen? Gucken Sie doch einmal, wie weltweit die Aktienkurse - ich will nicht auf die Gründe eingehen - bröckeln. Warum bröckeln sie denn wohl? Weil die Ertragserwartungen, die Spekulationen auf Erträge, abnehmen. Und wovon werden die Steuern gezahlt, über die wir hier sprechen, soweit sie dem Land zugute kommen? Über Erträge. Nun geben Sie es doch zu: Bei den Ausgaben haben wir das Risiko, daß sie fast unbeschränkt steigen.

(D)

Präsidentin Friebe:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Schumacher (Remscheid) (SPD):

Die Einnahmen werden - so die Schätzungen - aller Wahrscheinlichkeit nach sinken. - Wie viele Minuten habe ich noch?

Präsidentin Friebe:

Sechs. Aber wenn Sie die Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen zulassen, würde ich Ihnen die Zeit nicht anrechnen.

Abgeordneter Schumacher (Remscheid) (SPD):

Nein, entschuldigen Sie, Herr Dr. Linssen. Ich möchte noch einige andere Anmerkungen machen.

(A)

Präsidentin Friebe:

Na gut, es ist Ihre Entscheidung.

Abgeordneter Schumacher (Remscheid) (SPD):

Die zweite Bemerkung - das hat der Herr Finanzminister dankenswerterweise schon angesprochen - möchte ich zu dem persönlichen Hinweis auf unseren ehemaligen Kollegen und jetzigen Staatssekretär Westermann machen. Wer in diesem Haus bezweifelt denn, daß die Frau Ministerin - genauso wie es in allen anderen Ministerien der Fall ist - für die Führung ihres Ministeriums einen Staatssekretär benötigt? Was soll das denn? Wer bezweifelt denn, daß man einen solchen Staatssekretär besonders dann benötigt, wenn ein solches Haus neu zu konzipieren und aufzubauen ist? Das kann doch Kosten sparen. Je schneller man die Leitungsfunktionen besetzt, desto effektiver ist doch der Aufbau! Entschuldigen Sie - wenn derjenige, der das gesagt hat, noch hier ist -, was sollen diese dummen Bemerkungen?

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Henning (SPD): Üble Polemik von Herrn Schauerte!)

Ich möchte es nicht mit einem Wort beschreiben, das mißzuverstehen ist, aber zumindest ist mißverständlich, was Sie hier gesagt haben, und das ist sehr freundlich ausgedrückt.

(B)

Gestatten Sie mir eine dritte Bemerkung, zum Wohnungsbau. Hierzu ist schon viel Richtiges gesagt worden. Aber realisieren Sie doch einmal: Was hier im Nachtragshaushalt steht, ist die Komplementierung der Mittel, die der Bund jetzt hinzugegeben hat. Wir sagen, es sind zuwenig. Hätte der Bund diese Mittel schon bei Einbringung beziehungsweise bei der Beratung des Haushaltsplans hier im Hause vertraglich zugesagt, hätte man die Komplementierung nicht im Nachtragshaushalt vornehmen müssen. Und wir haben das Wort des Finanzministers: Hätte der Bund - was wir alle gewünscht hätten - dreimal soviel Mittel zugelegt, dann wäre der Beitrag des Landes - über den Nachtragshaushaltsplan - dreimal so hoch gewesen.

Eine letzte Bemerkung. Daß wir das erst jetzt im Nachtragshaushaltsplan berücksichtigen, verhindert den Bau keiner einzigen Wohnung, meine Damen und Herren; denn die Bundesmittel sind auch noch nicht bar da, im Gegenteil: Auch die Bundesmittel finanzieren wir vor.

Ich darf eine allerletzte Bemerkung machen: Über

(C)

98 % dieses Nachtragshaushaltsplans - so ist eben ausgerechnet worden - sind wir im Grunde einig. Wir kabbeln uns gegenseitig, als ob es darauf ankäme, über Sachverhalte zu diskutieren, die im Nachtragshaushaltsplan gar nicht enthalten sind. Sie suchen nur einen Grund, die Zeit auszufüllen. Der Punkt ist, daß Sie mit einigen Personalerweiterungen nicht einverstanden sind. Sie werden Gelegenheit haben, Ihre eigenen Vorstellungen darüber in die Beratungen der Stellenplankommission und des Haushalts- und Finanzausschusses einzubringen. Ich kann Ihnen zusagen, daß wir über alle vernünftigen Einwendungen ernsthaft diskutieren werden.

Nur: Die Leitungsfunktion der Regierung, die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten, von der Sie ja oft gesagt haben, sie wäre nicht stark genug ausgeprägt, zu bekritteln, weil man die Staatskanzlei wirklich leistungsfähig macht, ist eine Doppelstrategie, die Sie immer dann anwenden, wenn es Ihnen paßt.

Daß wir eine leistungsfähige Regierung haben wollen, daß wir wünschen, daß sie noch leistungsfähiger sein sollte, ist für uns unabdingbar. Was wir dafür an Finanzmitteln aufwenden, ist im Interesse des Landes gut angelegt. Im Interesse einer Opposition, die manches sucht, was sie kritisieren kann, ist es wahrscheinlich nicht gut angelegt, denn Sie haben kein - zumindest parteipolitisches - Interesse an einer sehr gut funktionierenden Landesregierung. Wir werden unsere Interessen aber bei den Beratungen zum Ausdruck bringen. - Ich bedanke mich, Frau Präsidentin, dafür, daß Sie mich nicht schon abgemahnt haben.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Hauptausschuß. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist einstimmig so beschlossen.